

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreise Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7. Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.)

NUMMER 54 A

BERLIN • Freitag, den 4. März 1932

I JAHRGANG

## Neuer japanischer Vorstoß.

### Tschapei gefallen — Untersuchungsausschuß vergnügt sich. Vollversammlung beginnt.

Am Donnerstag beginnt die Vollversammlung des Völkerbundes. Während noch zu Beginn der Woche der Anschein entstehen konnte, als werde sich die Vollversammlung im letzten Augenblick als überflüssig erweisen, da sich ernsthaftige Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Japan und China anzubahnen schienen, ist die Aussicht auf eine friedliche Einigung nun wieder in weite Ferne gerückt.

Im Vertrauen auf die neu hinzugezogenen Truppen haben die Japaner trotz der Waffenstillstandsverhandlungen, die sie selber angeboten haben, einen Vorstoß mit frischen Kräften unternommen. Es gelang ihnen, gegen den Widerstand der Chinesen zunächst einen Teil von Tschapei zu erobern. Auch auf den übrigen Abschnitten der Front drängen die japanischen Truppen vor.

Die Chinesen haben daraufhin ihre bisherigen Stellungen aufgegeben und sich hinter die 20-km-Zone zurückgezogen. Wie weit sie sich vorher auf die Kämpfe eingelassen haben, steht nicht ganz fest. Die Loslösung der Truppen erfolgte in voller Ordnung und so, daß die gegenüberliegenden japanischen Truppen nichts von dem Rückzug merkten. So warfen sie noch längere Zeit von Flugzeugen aus Bomben auf die verlassenen chinesischen Stellungen. Aber bald drängen die Japaner weiter vor, nun ungehemmt von chinesischem Widerstand. Am Mittwoch nachmittag rückten sie überall in Tschapei ein. Die eben von den Chinesen verlassenen Stadtteile stehen in hellen Flammen. Die Chinesen hatten noch vor dem Rückzug das Feuer angelegt.

Nach japanischen Meldungen sind bereits Tasang, Tachenju und Nanchang in den Händen der Japaner. Amtlich wird mitgeteilt, daß japanische Truppen nordwestlich von Wusung gelandet sind und gegen Wusung marschieren.

Die Japaner hatten sich zum Waffenstillstand bereit erklärt für den Fall, daß die Chinesen ihre Truppen um 20 km zurücknehmen würden. Dieser Rückzug ist erfolgt, wenn auch nur unter dem neuen militärischen Druck Japans. Vorläufig ist von einem Abbremsen des japanischen Vorstoßes, wie er in den Verhandlungen von japanischer Seite zugesichert worden ist, noch keine Rede. Es heißt, daß sie von den „neutralen Mächten“ eine Sicherung gegen einen neuen chinesischen Vorstoß verlangen.

Und nun tagt in Genf der Völkerbund. Sein Eingreifen ist notwendiger denn je — darum aber um nichts wahrscheinlicher als bisher. Der Genfer Vertreter der chinesischen Regierung hat am Mittwoch dem Präsidenten des Völkerbunds eine chinesische Denkschrift überreicht, in der die gegenwärtige Lage des Konflikts geschildert und von neuem dringend das sofortige Eingreifen des Völkerbunds gefordert wird. Am Mittwoch abend hat der Ratspräsident PAUL-BOUCOUR in einer telegrafischen Note die japanische Regierung ersucht, unverzüglich zu der Frage der Einstellung der Feindseligkeiten Stellung zu nehmen, da der Völkerbundsrat Wert darauf lege, daß vor dem Zusammenritt der Vollversammlung die Kämpfe bei Schanghai abgebrochen würden.

In Kreisen der französischen Abordnung ist man der Meinung, daß der große Geländegewinn der Japaner nur durch den chinesischen Rückzug zu erklären sei. Es läge gar kein großer japanischer Sieg vor; der japanische Vorstoß am Mitt-

woch sei vielmehr bereits zum großen Teil ins Leere gegangen, da die chinesischen Truppen sich schon zurückgezogen hätten. Ein Beweis dafür sei es, daß die Japaner kaum Gefangene gemacht, die Chinesen kaum Verluste erlitten hätten.

Auch englische Berichte bestätigen den Rückzug der Chinesen. Man nimmt in englischen Kreisen an, daß die Kämpfe eingestellt werden, sobald die Japaner 20 km vorgerückt sind, daß diese sich also — entgegen ihrem Versprechen — nicht zurückziehen werden. In London herrscht volle Befriedigung über die gegenwärtige Lage in Schanghai. Man habe immer damit gerechnet, daß die Japaner ernsthaftige Verhandlungen erst unternehmen würden, wenn sie ihr Ziel erreicht hätten.

Der frühere chinesische Ministerpräsident SUNFO erklärte, daß Japan wieder einmal das Vertrauen des chinesischen Volkes getäuscht habe. Trotz der Friedensverhandlungen hätten die japanischen Truppen die chinesischen Stellungen gestürmt. Sollte wirklich Schanghai von den chinesischen Truppen geräumt werden, so werde das aber keine Beilegung des Konflikts bedeuten. China werde weiter kämpfen bis zum letzten Blutstropfen.

Während dieser verzweifelten Lage in Schanghai läßt sich der Untersuchungsausschuß des Völkerbunds in Tokio von japanischen Wirtschaftsverbänden an den Kabuki-Spielen ins Theater einladen. Und kein Völkerbundsmittglied protestiert dagegen!

Die Wusung-Forts sind am Donnerstag morgen von japanischen Truppen erobert worden. Der chinesische Befehlshaber der Wusung-Forts und der im Dorf Wusung stehenden chinesischen Truppen hatte sich geweigert, dem Rückzugsbefehl General TSAIS zu folgen.

Das japanische Kriegsministerium hat das Oberkommando der japanischen Truppen in Schanghai angewiesen, die chinesischen Truppen so lange zu verfolgen, bis ein Waffenstillstand zustande gekommen sei.

In einer amtlichen Kundgebung fordern die Japaner von den Chinesen, daß sie sich über die 20-km-Zone hinaus zurückziehen. Erst dann sei Japan bereit, die Feindseligkeiten für eine gewisse Zeit einzustellen.

Bei Tagesanbruch am Donnerstag begann denn auch schon die Beschließung der neuen, zurückverlegten chinesischen Front.

Von den bisherigen japanischen Zusicherungen ist also nicht ein Wort aufrechterhalten worden.

Genf, 3. März.

Die japanische Abordnung gab heute früh kurz vor dem Zusammenritt der außerordentlichen Vollversammlung des Völkerbunds bekannt, daß nach soeben aus Schanghai eingetroffenen Telegrammen das japanische Truppenkommando die Feindseligkeiten eingestellt habe. Die japanischen Truppen würden in den eingenommenen Stellungen verbleiben, jedoch den Kampf nur dann wieder aufnehmen, wenn von chinesischer Seite ein Angriff erfolge.

Die chinesische Abordnung erklärt, bisher keine Mitteilungen über die Einstellung der Feindseligkeiten erhalten zu haben.

## Zur Belehrung für Nationalisten aller Länder.

Eine freimütige Erwiderung.

An den Mauern von Paris haben die Nationalisten riesige Plakate angeschlagen. Darsuf ist Frankreich abgebildet, überschwemmt von deutschen Heeren. Die Plakate sind wirkungsvoll; schwarze Truppen kommen gleich Amelsenschwärmen aus Deutschland herüber: 1871 und 1914. Und es wird gefordert: „Frankreich darf nicht abrüsten!“ In nationalistischen Zeitungen unternimmt man dieselbe Kampagne. Eine linksbürgerliche Zeitung, „La Volonté“, erwiderte auf diesen Kriegsrummel:

„Nun, wenn Frankreich unter feindlichen Einbrüchen gelitten hat, ist es nicht nur Strafe für die Einbrüche, die Frankreich anderen beschert hat? Wie oft sind denn unsere Truppen im 19. Jahrhundert mit der Waffe in der Hand über unsere Grenzen marschiert?“

1800: Einbruch in Italien; wir wiederholten dasselbe einige Male, zuletzt im Jahre 1805.

1803: Boulogne-Lager. Daß wir nicht in England einmarschiert sind, ist nur dem zu verdanken, daß wir es nicht konnten. . . .

1805—1814: Wir überfielen siegreich Oesterreich, Deutschland, Spanien und Rußland . . . das war alles . . .

1830: Wir eroberten Algier.

1854: Wir führten Krieg in der Krim.

1860: Wir führten Krieg in China.

1862: Wir führten Krieg in Mexiko.

Mindestens viermal sind wir mit der Waffe in der Hand in Italien eingedrungen, zweimal in Spanien.

Und dabei sind die Kolonialkriege nicht mitgezählt; die anderen genügen wohl.“

Das ist die richtige Antwort auf nationalistische Verhetzung: der Hinweis auf den Imperialismus des eigenen Landes.

Deutsche Nationalisten, die den Haß gegen Frankreich mit den gleichen Methoden schüren, die von jenen Pariser Plakaten gegen Deutschland eingesetzt werden, wollen wir daran erinnern, daß am 3. März der Jahrestag des Vertrages von Brest-Litowsk ist, in dem die deutsche Regierung das Vorbild zum Versailler Frieden geliefert hat.

## AUS DEM INHALT:

Reichsminister für Siedlung?

Die letzte Krise.

Arbeitslosenelend in Ungarn.

Die Deutsche Volkspartei.

Die Lumpen, die Lumpen . . .

Der rote Handel.

Hochschulgesetzgebung.

Arbeitsamt Südost.

## Um das Recht der dissidentischen Lehrer.

Entscheidung des Kammergerichts.

K-in. Vor einigen Tagen hat das Kammergericht über eine Klage entschieden, die der Deutsche Freidenker-Verband und die Allgemeine Freie Lehrergewerkschaft vor etwa einem Jahre gegen den preußischen Staat angestrengt hatten. Es handelt sich um eine Klage, durch welche die Unvereinbarkeit der in Preußen bestehenden Anstellungssperre für dissidentische Junglehrer an den öffentlichen Volksschulen mit den Vorschriften der Reichsverfassung festgestellt werden sollte. Das Landgericht I Berlin hatte dieser Klage stattgegeben. Aus den Gründen des landgerichtlichen Urteils geht hervor, daß das Gericht die Anstellungssperre für verfassungswidrig hält und daß nach seiner Ansicht Dissidenten bei der Anstellung als Lehrer nicht zurückgesetzt werden dürfen. Gegen dieses Urteil hat die preußische Regierung Berufung eingelegt. Ein Senat des Kammergerichts, der über die Berufung zu entscheiden hatte, hat die Klage des Deutschen Freidenker-Verbandes und der Allgemeinen Freien Lehrergewerkschaft abgewiesen. Ueber die Gründe des kammergerichtlichen Urteils kann im Augenblick nichts gesagt werden. Es steht nur fest, daß die Anstellungssperre für dissidentische Lehrer nach diesem Urteil bestehen bleibt, wenn es nicht durch politische Aktionen gelingt, ihre Aufhebung herbeizuführen.

Durch die Verhandlungen in dem Dissidentenprozeß ist es der Öffentlichkeit bekannt geworden, wie es überhaupt zu der Anstellungssperre gekommen ist.

Seit der Revolution sind bis zum Jahre 1928, teilweise noch in den Jahren 1929 und 1930, regelmäßig dissidentische Junglehrer an den preußischen Volksschulen fest angestellt worden. Die Zulässigkeit dieser Anstellung wurde bis dahin nicht einmal von kirchlicher Seite in Zweifel gezogen. Im Jahre 1929 unternahm die Kirche das erste Mal einen organisierten Angriff auf die Rechte der dissidentischen Lehrer. Damals erhob nämlich auf Veranlassung der evangelischen Kirche die Fraktion der deutschnationalen Volkspartei im preußischen Landtag bei dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich eine Klage gegen den preußischen Staat, mit dem ausgesprochenen Ziel, daß die Anstellung von Dissidenten als Lehrer an den preußischen Volksschulen für ungesetzlich erklärt werden sollte. Der Staatsgerichtshof wies diese Klage zwar ab, aber nur aus dem formalen Grunde, weil er die Sachbefugnis der Landtagsfraktion für die Erhebung einer solchen Klage nicht für gegeben erachtete. Zu der verfassungsrechtlichen Streitfrage selber nahm der Gerichtshof dagegen nicht Stellung. Als die Klage beim Staatsgerichtshof erhoben wurde, wandten sich verschiedene Provinzialschulkollegien an den damaligen Minister BECKER mit der Anfrage, wie sie sich künftig bei der Bestätigung der dissidentischen Junglehrer als Volksschullehrer verhalten sollten. Der Minister erteilte ihnen den Bescheid, er empfehle, bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofs die Wahl dissidentischer Volksschullehrer nicht mehr zu bestätigen.

Als die Entscheidung des Staatsgerichtshofs vom 24. Juni 1930 ergangen war, verhandelten verschiedene Lehrerorganisationen mit dem Minister GRIMME persönlich über die Aufhebung der Anstellungssperre. Der Minister sagte ihnen in Gegenwart des Ministerialrats LANDE die Aufhebung der Anstellungssperre zu. An der Erfüllung dieser Zusage ließ er sich jedoch durch das Eingreifen des Zentrums verhindern. Mit Rücksicht auf die Stellungnahme des Zentrums wagte er es nicht, von sich aus die Anstellungssperre aufzuheben. Er versuchte vielmehr, eine Entscheidung des Kabinetts über die Wiederherstellung der Rechte der dissidentischen Lehrer herbeizuführen. Die Entscheidung des Kabinetts hierüber wurde jedoch auf Betreiben des Zentrums immer wieder vertagt. Eine Entscheidung des gesamten Staatsministeriums über die Aufhebung und Bestätigung der Anstellungssperre liegt dem-

nach bis zum heutigen Tage nicht vor. Aber jedermann weiß, daß bei der Machtstellung des Zentrums in der preußischen Regierung die Vertagung der Angelegenheit auf unbestimmte Zeit einer Bestätigung der Anstellungssperre durch die Regierung gleichkommt. Denn anscheinend hat das Zentrum wegen der Frage der Behandlung der dissidentischen Lehrer die Kabinettsfrage gestellt.

Aus den Verhandlungen vor Gericht ging hervor, daß es sich bei der Anstellungssperre für dissidentische Lehrer um einen reinen Willkürakt der preußischen Regierung handelt. Wie ungerecht die dissidentischen Lehrer behandelt werden, ergeben folgende Feststellungen:

Nach Art. 136 (Abs. 2) der Reichsverfassung soll der Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte sowie die Zulassung zu öffentlichen Aemtern von dem religiösen Bekenntnis unabhängig sein. Es ist klar, daß dieses verfassungsmäßig gewährleistete Recht der dissidentischen Lehrer auf gleiche Behandlung durch die grundsätzliche Verweigerung ihrer Anstellung verletzt wird. Diesen Standpunkt hat übrigens die preußische Regierung noch Anfang des Jahres 1929 in dem Verfahren vor dem Staatsgerichtshof selber eingenommen. Denn sie hat die Zurückweisung des Antrages der deutschen nationalen Landtagsfraktion mit der Begründung erbeten, daß die Anstellung dissidentischer Schulanwärter als Lehrer an den preußischen Volksschulen nach ihrer Ansicht für zulässig zu erachten sei, da nach Artikel 136 (Abs. 2) der Reichsverfassung die Zulassung zu öffentlichen Aemtern von dem Religionsbekenntnis unabhängig sei. Wenn die preußische Regierung aus dieser eigenen Rechtsansicht nach Abschluß des Verfahrens vor dem Staatsgerichtshof nicht die selbstverständliche Konsequenz gezogen hat, die zunächst für die Dauer des Verfahrens vor dem Staatsgerichtshof verfügte Anstellungssperre aufzuheben, so liegt hier ein offensichtlicher Verfassungsverstoß vor.

In dem jetzigen Prozeß vor dem Kammergericht selber hat der Minister GRIMME die Erklärung abgegeben lassen, daß er persönlich die Anstellungssperre für ungerechtfertigt erachte, daß er aber mit Rücksicht auf die in der Öffentlichkeit erhobenen rechtlichen Bedenken und mit Rücksicht auf die im Kabinett bestehenden Meinungsverschiedenheiten nicht in der Lage sei, die Aufhebung der Anstellungssperre von sich aus zu verfügen. Eine Entscheidung hierüber könne erst ergehen, wenn die Rechtsfragen durch ein Urteil des Staatsgerichtshofs geklärt seien. Wäre es der Regierung wirklich ernstlich darum zu tun, die Rechtsfragen zu klären, dann hätte sie seit dem Jahre 1930 genug Zeit gehabt, den Staatsgerichtshof anzurufen. Sie hat es aber bisher unterlassen, eine Entscheidung dieses Gerichtshofs herbeizuführen, obwohl der Minister GRIMME mehrere Versuche in dieser Richtung gemacht hat. Das Zentrum läßt es nicht einmal zu, daß die Frage der Anrufung des Staatsgerichtshofs auch nur auf die Tagesordnung einer Kabinettsitzung gesetzt wird. Denn das Zentrum befürchtet (auf Grund gewisser Vorentscheidungen des Staatsgerichtshofs), daß dieser Gerichtshof möglicherweise zu einem für die Dissidenten günstigen Urteil gelangen würde.

Selbst bürgerliche Staats- und Kirchenrechtslehrer, wie die Professoren ANSCHÜTZ und GIESE, haben sich in einem ausführlich begründeten Rechtsgutachten dahin ausgesprochen, daß dissidentischen Junglehrern die Anstellung nicht verweigert werden darf. Trotz dieser Gutachten hat die preußische Regierung bisher an ihrer abwartenden Stellungnahme festgehalten. Auch das Kammergericht hat die Klage der dissidentischen Lehrer trotz dieser Gutachten abgewiesen.

Es wird vielleicht mancher die Frage aufwerfen, ob es überhaupt Zweck gehabt hat, den Versuch zu machen, auf dem Rechtsweg die Entscheidung über eine politische Frage herbeizuführen. Es ist in politischen Prozessen sicher immer schwer, bei den bürgerlichen Gerichten eine für die Entrechteten günstige Entscheidung zu erzielen. Das liegt daran, daß die Rechtsprechung klassenmäßig gebunden ist und daß in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die so viel gepriesene „Unabhängigkeit der Gerichte“ gar nicht besteht. Man mußte sich also von vornherein darüber klar sein, daß die Aufhebung der Anstellungssperre auf dem Rechtsweg nur durch einen günstigen Zufall herbeigeführt werden konnte. Denn die herrschende Klasse hat ein Interesse daran, durch die Aufrechterhaltung der Anstellungssperre die weltliche Schulbewegung lahmzuliegen und dadurch die kulturpolitische Machtposition der mit ihr verbundenen Kirche zu stärken. Trotzdem

war es nicht ganz ausgeschlossen, auf dem Rechtsweg in dem Dissidentenprozeß einen Erfolg zu erzielen. Es gibt nämlich auch in der bürgerlichen Justiz liberale Richter, die aus einem gewissen Rechtsgefühl heraus ihre Entscheidung unabhängig von ihrer klassenmäßigen Gebundenheit fällen. Daß so etwas vorkommt, beweist ja die Tatsache, daß eine Kammer des Landgerichts I Berlin unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors WACHLER im Sinne der dissidentischen Lehrer entschieden hatte. Es sei in diesem Zusammenhang an den Fall des Landgerichtsdirektors SIEGERT erinnert, der es trotz der ihm vom Reichsgericht gemachten Schwierigkeiten und trotz der gegen ihn in der Öffentlichkeit erhobenen Angriffe gewagt hat, GEORGE GROSS von der Anklage der Gotteslästerung wegen seines bekannten Christusbildes freizusprechen. Es kommt also durchaus vor, daß

selbst die bürgerlichen Gerichte zu Gunsten der Gewissensfreiheit und der Freiheit der Kunst entscheiden. Aber es leuchtet ein, daß solche Fälle nur verhältnismäßig selten vorkommen können. Denn es gehört für einen Richter schon ein hoher Grad von Selbständigkeit seines rechtlichen Urteils dazu, sich von den herrschenden Vorurteilen freizumachen, und ein eben so großer Mut, um sich in seiner Entscheidung zu den Wünschen der Regierung, der er unterstellt ist, in Gegensatz zu stellen.

In dem Dissidentenprozeß hat der Rechtsweg nicht zum Erfolg geführt. Daraus erwächst für alle Organisationen, die es sich zur Aufgabe gesetzt haben, den Kampf um die Gewissensfreiheit zu führen, erneut die Pflicht, ihre politische Aktivität für die Durchsetzung der Rechte der Dissidenten gegenüber den Machtsprüchen der Kirche zu erhöhen.

## Ernstere Lage in Finnland.

h Reval, 2. März.

Die Lage in Finnland ist äußerst ernst. Präsident SVINHUFUD hat persönlich den Oberbefehl der Regierungstruppen gegen die Lappo-Anhänger übernommen.

Der Lappo-Führer KOSOLA erklärte Pressevertretern, er hoffe, 25 000 Mann Lappo-Truppen aufstellen zu können. Die Lappo-Leute würden eher sterben als sich der Regierung SUNILA unterwerfen.

Heute vormittag wurden der Vorsitzende des finnischen Frontkämpfer-Verbandes und der Hauptschriftleiter des Lappo-Blattes „Ajan Sana“ verhaftet.

g Helsingfors, 2. März.

Die auf dem Wege zwischen Mäntsälä und Helsingfors aufgestellten Vorposten der Regierungstruppen und der Lappo sind nur noch zwei Kilometer von einander entfernt. Alle nach Helsingfors führenden Straßen sind von Artillerie besetzt und können jeden Augenblick unter Feuer genommen werden.

g Helsingfors, 3. März.

Präsident SVINHUFUD erließ Mittwochabend im Rundfunk eine ultimative Forderung an die Lappo-Leute, nach Hause zurückzukehren. Er sicherte den Anhängern der Bewegung, nicht aber den Führern, Straffreiheit zu, falls sie dieser Forderung nachkommen. Im anderen Falle würde er sie als Feinde betrachten und die entsprechenden Schlüsse ziehen. Im ganzen Lande ist strenge Telefon- und Telegraphensperre verhängt, sodaß die Lappo-Leute von der Außenwelt völlig abgeschnitten sind. Die Meldungen über einen Vormarsch der Lappo-Truppen haben sich nicht bestätigt.

Im Anschluß an die Rundfunkrede des Staatspräsidenten haben viele der bewaffneten Lappo-Männer den Heimweg angetreten. In Mäntsälä sollen noch 700 Lappo-Anhänger versammelt sein, in Salo 300. Angeblich versuchen die Führer neue Anwerbungen, die jedoch keinen Erfolg haben. Zwischen General WALLENIUS und einem der Führer soll es zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen sein, die damit endeten, daß WALLENIUS dem Gegner die militärischen Abzeichen und Auszeichnungen abriß.

## Aus Memel.

r Memel, 2. März.

Mittwoch mittag hat der neu ernannte Präsident SIMMAT die Geschäfte des Direktoriums übernommen, obwohl ein Direktorium noch nicht gebildet worden ist. Gouverneur MERKYS sowie TOLISCHUS und SIMMAT hielten bei dieser Gelegenheit Ansprachen. SIMMAT erklärte unter anderem, daß er auf Einhaltung des Statuts Wert legen wolle. Es haben am Mittwoch morgen neue Verhandlungen mit den Mehr-

heitsparteien stattgefunden, die aber ebenfalls zu keinem Ergebnis führten, da SIMMAT nach wie vor fordert, neben zwei Angehörigen der Mehrheitsparteien einen weiteren Litauer nach seiner Wahl als Landesdirektor zu ernennen.

SIMMAT hat die bisherigen geschäftsführenden Landesdirektoren TOLISCHUS, TALEIKIS und VONGEHR gebeten, noch im Amte zu bleiben, bis das neue Direktorium ernannt sei. Es könne sich nur noch um Tage handeln.

## USA und der Haager Schiedsgerichtshof.

f Washington, 2. März.

Der Auswärtige Ausschuß des amerikanischen Senats nahm einstimmig eine Entschließung an, wonach der Beitritt Amerikas zum Haager Schiedsgerichtshof von dem Vorbehalt abhängig gemacht wird, daß dem Gerichtshof das Recht zur Einmischung in alle Angelegenheiten abgesprochen wird, an denen die Vereinigten Staaten Interesse haben könnten. Dieser Vorbehalt hatte bereits früher 12 Mächte veranlaßt, den Beitritt Amerikas unter diesen Umständen abzulehnen.

Senator BORAH erklärte, daß der Beitritt Amerikas zum Haager Schiedsgerichtshof von der Annahme dieses Vorbehalts durch die übrigen Mächte abhängig sei.

## Litwinow in Moskau.

r Kowno, 2. März.

Wie aus Moskau gemeldet wird, wird Außenkommissar LITWINOW am 4. März in Moskau eintreffen, um an der Sitzung des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion teilzunehmen. Es soll sich nicht nur um fernöstliche Angelegenheiten handeln, sondern auch um die Ratifizierung eines Nichtangriffsvertrages, der zwischen Rußland und einer anderen Macht geschlossen sei. Wie bekannt, wurden vor der Abreise LITWINOWS die Nichtangriffsverträge mit Polen und Lettland paraphiert. Die Verträge hätten bis zum 28. Februar ratifiziert werden müssen. LITWINOW wird in Moskau auch über die Arbeit der Abrüstungskonferenz Bericht erstatten.

## Ein aufrichtiger Freund Chinas.

Nach einer Depesche der „Frankfurter Nachrichten“ ist in Peking ein Mann gestorben, der immer in Bettlerkleidung lebte und ein Vermögen von 1,5 Millionen Lire (etwa 350 000 Mark) hinterließ. Dem chinesischen Volk vermacht hat, und zwar zur Bekämpfung der Europäer.

Bei dieser Gelegenheit verweisen wir auf das ausgezeichnete Buch eines anderen Freundes Chinas: KU HUNG MING: „Chinas Verteidigung gegen europäische Ideen“, das bei DIEDERICHS erschienen ist.

## Zum „Volksport“-Verbot.

r Prag, 2. März.

Im Zusammenhang mit der Auflösung des deutschen nationalsozialistischen Verbandes „Volksport“ wurden von der Polizei bei zwei deutschen Hochschülern in Prag Haus-suchungen vorgenommen. Dabei wurde der den „Volksport“ betreffende Schriftwechsel beschlagnahmt.

# WAHN-EUROPA 1934.

## VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelträger-Verlag, Berlin

(53. Fortsetzung.)

Heute nacht übergibt die ‚Union‘ allen Regierungen ihr Ultimatum. Eine Regierung, die es ablehnt, hat den Generalstreik zu erwarten. Der Völkerbund hat schmählich versagt, also bleibt nur die Selbsthilfe. Unsere Fraktion hat deshalb morgen in der Kammer jede Politik zu bekämpfen, die eine kriegerische Aktion in Erwägung zieht oder vorbereitet. Wie wollt ihr sonst die Katastrophe verhindern? Wollt ihr Herrn Saint Brice euer Vertrauen aussprechen? Dann laßt euch lieber heute nacht noch bei euren Regimentern kriegsmäßig ausrüsten! Wann ist nach eurer Ansicht der Augenblick da, die Zähne zu zeigen? Wenn mobil gemacht wird? Nun — dann kann es Verrat am Vaterland sein! Vorher müßt ihr euren Mut beweisen. Nicht erst die Lawine in Bewegung kommen lassen! Brandt dämpft plötzlich seine Stimme und lächelt ironisch. „Uebrigens — die ‚Union‘ ist nicht von den Beschlüssen eurer Fraktion abhängig! Der Kampf gegen den Krieg ist mein persönliches Ressort! Ich weiß, warum ich die ‚Union‘ unabhängig von der sozialistischen Fraktion organisiert habe ...“

„Aber die Mitglieder der ‚Union‘ haben uns zu ihren Abgeordneten gewählt“ ruft man ihm entgegen.

„Jawohl, in der Erwartung, daß ihr eure Pflicht tut! Ich sehe mit erschreckender Deutlichkeit, wie wenig ihr den Herzschlag derer fühlt, die euch zu ihren Anwälten bestellt haben.“

Broucq Riesentatze fährt, gleichsam den Schlußpunkt setzend, auf den Tisch. „Brandt ist unser Führer! Die ‚Union‘ braucht die Fraktion überhaupt nicht!“

Ein paar Zimmer weiter bearbeitet Saint Brice die Führer der neuen Regierungsparteien. „Stellen Sie kleinliche Bedenken beiseite“, ruft er aus, „fühlen Sie sich in dieser

Stunde allen Patrioten verbunden, die in der Brust nur das eine Gefühl tragen: Vive la France ...!“

Der Kriegsminister tritt eilig ein. „Hier, meine Herren, lesen Sie! Capponi hat eben im Rundfunk gesprochen!“

Saint Brice hat den goldnen Zwicker auf die Nase gesetzt. Halblaut liest er vor: „Italiener! Es kann sein, daß ich euch zum schwersten Opfer aufrufen muß, das einem Volk auferlegt werden kann. Die nächsten Tage bestimmen das Geschick eures ruhmreichen Vaterlandes. Wir lieben den Frieden über alles, aber er muß uns leben lassen! Wer unserm Lebenswillen Schranken aufzuzwingen versucht, ist unser Todfeind! Erinnert euch meines großen Vorgängers und der Worte, die er einst sprach: ‚Wer es wagt, unsere Zukunft anzutasten, wüßte noch nicht, zu welcher hochgradigen Erregung ich das ganze italienische Volk hinreißen würde! Greise, Kinder, Bauern, Arbeiter würden eine einzige Menschenmasse bilden, eine einzige Feuerkugel, die gegen jeden und überall hin geschleudert werden könnte! — Diese kühnen Worte des Faschistenbegründers erneuere ich heute. Ich grüße in dieser Stunde jeden Italiener. Noch sind die scharfen Schwerter in den Scheiden. Wir sind dankbar, wenn sie dort verbleiben können; wir reißen sie aber ohne Furcht in die Höhe, wenn wir herausgefordert werden! ... Saint Brice wirft das Blatt auf den Tisch. Mit erhobener Stimme sagt er: „Der letzte Franzose, der diese rücksichtslose Sprache für sein Land sprach, war Clemenceau. Seien wir dieses Toten würdig ...“

General Audinot steht in der halbgeöffneten Tür. „Ich bitte um eine kurze Unterredung, Herr Baron, kommen Sie auch mit, Humette.“

In einer Ecke des Korridors berichtet der Generalstabschef seine peinliche Neuigkeit: „Eben erhalte ich Nachricht, daß in Paris eine neue Funkenstation mit dem Rufzeichen BO I aufgetaucht ist! Diese BO I hat mit sieben, bisher unbekannt europäischen Stationen lobhafte Verbindung aufgenommen! Können Sie kombinieren, meine Herren?“ Geroizt kommen die Worte über seine Lippen.

„Die berüchtigte Organisation Brandt!“ entfährt es Humette.

„Kein Zweifel! Die BO I hat eben wieder ein ellenlanges Telegramm gefunkt, natürlich chiffriert. Da die Burschen eine Chiffriermaschine benutzen, die hunderttausende von Schlüsseln erlaubt, haben wir bisher noch kein Wort entziffern können.“

Saint Brice steht mit zusammengekniffenen Lippen. „Kein Zweifel, daß die ‚Union‘ bei der Arbeit ist ...“

Humette wettet los: „Wir können jetzt allerlei erleben! Was hab ich heute nachmittag im Ministerrat propheszt?“

Ein paar Reporter schleichen witternd durch den Korridor. Saint Brice zieht die beiden Generale in ein Zimmer. „Haben die Regierungsstationen die neue Station nicht angepöpst?“

Audinot zuckt die Achsel. „In dem Häusermeer Paris können Peilungen nur ungefähre Anhaltspunkte geben. Im Nu ist die Station nicht aufzustöbern.“

Saint Brice geht mit nervösen Schritten hin und her. „Natürlich wird die ‚Union‘ uns jetzt ihre Front entgegensetzen. In gewisser Hinsicht kommt mir diese Friedenspropaganda gar nicht unerwünscht! Sie wird in Rom abkühlend wirken ...“

Klopfen an der Tür. Broucq steht breit und wuchtig auf der Schwelle.

„Suchen Sie mich, Herr Abgeordneter ...?“ Saint Brice empfängt den Arbeiterführer mit ausgesuchter Artigkeit. „Nichts kann erfreulicher sein als eine ehrliche Aussprache zwischen Regierung und ‚Union‘. Wir haben die gleichen Ziele, Herr Broucq ...“

„Nur unsere Wege sind grundverschieden!“ fällt Broucq mit derber Sachlichkeit ein. „Ich lege Ihnen im Namen der neun Millionen Franzosen, die in der ‚Union‘ vereinigt sind, eine bestimmte Forderung vor ...“

„Wollen Sie nicht Platz nehmen, Herr Abgeordneter?“ Saint Brice deutet auf einen Stuhl.

„Danke. Ich habe nur drei Sätze zu sagen. Wir lehnen jede Politik ab, die mit kriegerischen Abenteuern spielt. Wir erwarten bis heute zwei Uhr nachts die bündige Erklärung, daß die Regierung auf jede moralische oder materielle Unterstützung der südslawischen Machtpolitik verzichtet.“

(Fortsetzung folgt.)

## Die parteipolitische Neutralität in den Gewerkschaften.

Eine klare Stellungnahme.

Im „Zimmerer“, dem Verbandsorgan der freien Zimmerer-Gewerkschaft, steht der nachfolgende Aufsatz, den wir ungekürzt abdrucken, auch wenn wir mit den Ausführungen über die Wirtschaftsdemokratie und einigen anderen nicht übereinstimmen.

Man sieht aus dem Aufsatz unverkennbar, daß das Problem der parteipolitischen Neutralität auch die Genossen beschäftigt, die — wie wohl der Verfasser des fraglichen Aufsatzes auch — der SPD angehören. Wer wirklich Gewerkschaftsarbeit leisten will, kommt von selber durch die Praxis dazu, alle Parteipolitik aus der gewerkschaftlichen Arbeit zu verbannen. Wir wünschen nur, daß sich diese Erkenntnis — und vor allem eine entsprechende Praxis — recht bald ausbreitet und wieder Gemeingut werden möge zum Heil der Arbeiterschaft und ihrer Ziele.

Die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands waren von jeher selbständige Organisationen. Sie sind sich durchaus ebenbürtig, voneinander aber völlig unabhängig. Beide Organisationen erstreben das gleiche Ziel: die sozialistische Gesellschaft. Eine Gesellschaft ohne Klassenunterschiede, ohne Ausbeuter und Ausgebeutete. Die Sozialdemokratie will dieses Ziel mit politischen Mitteln und durch die parlamentarische Macht der Arbeiterschaft durchsetzen. Die Aufgaben der Gewerkschaften liegen dagegen allein auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Gewerkschaften erstreben wirtschaftliche Macht. Sie wollen mit dem Mittel der Wirtschaftsdemokratie die wirtschaftliche Gleichstellung der Arbeiterschaft erzwingen mit dem durch seine Stellung im Betrieb überlegenen Unternehmer.

Diese gewaltige Aufgabe will unser Verband durchführen in der Zusammenfassung aller Zimmerer Deutschlands in einer Organisation, unserem Zentralverband. Unser Verband nimmt daher seine Mitglieder auf ohne Rücksicht auf die politische oder religiöse Ueberzeugung des Einzelnen. Die Kennzeichnung oder Gruppierung der Mitglieder nach ihrer politischen oder religiösen Einstellung widerspricht dem Einheitsgedanken des Verbandes. Die Uebernahme aller Ämter und Funktionen, die der Verband zu vergeben hat, steht allen Mitgliedern offen. Entscheidend ist allein die persönliche Eignung und das Vertrauen, das sich das Mitglied persönlich erworben hat. Innerhalb des Verbandes hat jedes Mitglied in allen Verbandsangelegenheiten das Recht freier Meinungsäußerung. Diese freie Meinungsäußerung muß sich jedoch in dem durch die Verbandsinteressen gesteckten Rahmen halten. Sie darf auf keinen Fall die Wahrnehmung parteipolitischer Interessen bezwecken. Alle freien Gewerkschaften, auch unser Verband, haben es stets abgelehnt, sich irgendeiner politischen Partei dienstbar zu machen oder gar unterzuordnen.

Die Gewerkschaften sind frei und unabhängig in ihren Handlungen und Entschlüssen. Sie weisen jede Bevormundung durch politische Parteien, ganz gleich welcher, entschieden zurück. Nur in diesem Sinne ist die politische Neutralität der Gewerkschaften aufzufassen. Die politische Neutralität der Gewerkschaften bedeutet aber nicht Verzicht auf Beeinflussung der Staatspolitik. Wenn sich unser Verband bis zum Fall des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 im § 1 seiner Satzungen selbst als „politisch parteilos“ bezeichnete, so war er dazu durch die Handhabung des Vereinsgesetzes seitens der Behörden gezwungen, um nicht als „politischer Verein“ erklärt und der damit verbundenen behördlichen Willkür unterworfen zu werden. Noch Anfang 1914 erklärte der Berliner Polizeipräsident von JAGOW den Holzarbeiterverband, den Landarbeiterverband sowie die Berliner Zahlstellen einiger Verbände, darunter auch die unsers Verbandes, für „politische Vereine“. Der 14. Gewerkschaftskongreß von 1914 verwahrte sich in einer Entschlüsselung energisch gegen diese Polizeiwilklür gegenüber

den freien Gewerkschaften. Diese Gefahr für die Gewerkschaften zwang sie zu größter Vorsicht in der Behandlung politischer Fragen.

Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 räumte alle gesetzlichen Hindernisse der Vorkriegszeit gegen die Gewerkschaften gründlich aus. Sie machte die Bahn frei für die unbehinderte Entwicklung und Anwendung der Gewerkschaftskraft. Gesetzliche Hemmungen für die Beeinflussung der Staatspolitik durch die Gewerkschaften bestehen nicht mehr. Anstatt diese Möglichkeiten auszunutzen, die Macht der Gewerkschaften planmäßig anzuwenden, wurde die Parteipolitik in sie hineingetragen. Dieser Parteistreit gefährdet die Einheit der Gewerkschaften; sie schwächt ihre Stoßkraft gegen die Gegner der Arbeiterschaft. Darum fort mit jedem Parteistreit aus den Gewerkschaften.

## Erfreuliche Mitteilung vom Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Köln.

Der genannte Verband teilt uns am 27. Februar mit: „... Dort (im „Funken“) fanden wir eine Mitteilung über die Werbetätigkeit unserer Organisation. ... Wir teilen Ihnen mit, daß auch der Fabrikarbeiterverband in Köln im IV. Quartal 1931 350 Neuaufnahmen zu verzeichnen hatte. Im Monat Januar 71, im Monat Februar bis zum 27. dieses Monats 74 Neuaufnahmen. Es dürfte Sie ferner interessieren, daß wir während der ganzen Wirtschaftskrise noch keinen Mitgliederrückgang, sondern von Quartal zu Quartal Zunahmen zu verzeichnen hatten. Es ist uns gelungen, trotz der großen Arbeitslosigkeit die Abgänge durch Neuaufnahmen wieder wettzumachen und darüber hinaus noch eine Steigerung der Mitgliedschaft durchzusetzen. Die Arbeitslosigkeit ist nicht geringer als in anderen Gebieten. Von unserer Mitgliedschaft von 6400 sind 1700 arbeitslos, über 3000 arbeiten verkürzt, und im Jahre 1931 wurden insgesamt 3246 Beschäftigte in unseren Betrieben entlassen. Es ist dies ein Zeichen, daß trotz der größten aller Wirtschaftskrisen die Anfeindungen der Unternehmer und Kommunisten und sonstiger Splittergruppen nicht vermocht haben, den Gewerkschaftsgedanken zu zerstören. Auch für die Zukunft wird es so bleiben, daß die Gewerkschaften und besonders der Fabrikarbeiterverband das Vertrauen innerhalb der Arbeiterschaft genießt. Wir können sogar feststellen, daß RGO-Betriebsräte uns unterschäftlich ihre Abkehr von der Zersplitterungspolitik der RGO bestätigt haben, und wie es der RGO geht, so wird es jeder anderen Zersplitterungsorganisation gehen, die glaubt, in die Gewerkschaften ihre Politik hineinzutragen. Deshalb bekämpfen wir mit aller Schärfe jede Zersplitterungspolitik in den Gewerkschaften, auch die der SAP mit denselben scharfen Mitteln.“

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands und Keramischer Bund, Zahlstelle Köln. Unterschrift.

Wir hoffen sehr, daß die Kölner Fabrikarbeiter-Kollegen wirklich so scharf gegen die Gewerkschaftsspalter vorgehen, wie sie dies ankündigen. Die Arbeiterschaft kann es sich in der Tat nicht leisten, daß Faulpelze oder noch schlimmere Zeitgenossen, die eine parteipolitische Arbeit nicht außerhalb der Gewerkschaften leisten können oder wollen, die Gewerkschaften für ihre dunklen Pläne mißbrauchen und im Trüben zu fischen versuchen.

Aber die Abwehr von Uebergriffen politischer Parteien in die Gewerkschaftsarbeit darf auch nicht vor der SPD haltmachen. Wer die Vorgänge bei der „Eisernen Front“ z. B. verfolgt, muß zu dem Ergebnis kommen, daß hier die Vertrauensseligkeit der Gewerkschaften — und noch mehr der einzelnen Kollegen — von der SPD mißbraucht worden ist. Die Gewerkschaften müssen deshalb mindestens vorerst mit ihren Hammerschaften außerhalb der organisierten „Eisernen Front“ bleiben, damit den Führern der SPD beigebracht wird, daß man die Gewerkschaften nicht ungestraft vor den Wagen einer politischen Partei spannt — und noch dazu einer wie der SPD.

schrieb er, er komme zurück, er habe genug Geld, uns alle glücklich zu machen. Dann hörten wir nichts mehr von ihm, bis eines Tages zwei Matrosen zu uns kamen und sagten, er sei gestorben.“

„Und sein Gold?“

„Er hat gewiß nicht verstanden, es zu verstecken. So wird es gewesen sein.“

Die Mutter schwieg; sie mußte einen Faden zwischen den Zähnen zerreißen. Während sie dann die Nadel einfädelt: „Da war noch ein anderer, der reichste von allen. Eine ganze Stadt gehörte ihm.“

„Wo?“

„Ich weiß nicht. ... in Italien. ...“

Plötzlich stand sie auf, lief ans Fenster:

„Hört!“

Sie lauschte und machte mit der Hand ein Zeichen, daß wir still sein sollten. Wir schauten sie an, ohne uns zu rühren.

„Ja, gleich sind sie da.“

Sie hob mich auf den Arm und stellte mich ans Fenster. Anna und Luise preßten sich gegen sie. Die Straße war schwarz und feucht. Die Laterne warf nur einen kleinen Schein.

„Sie kommen! Sie kommen! Lehnt euch nicht zu weit hinaus!“

Ein Gemurmel drang zu uns herauf, allmählich deutlicher: die Internationale.

„Wartet Kinder. Ihr werdet sie bald sehen. Sie kommen hier vorbei.“

Sie kamen. Auf der Straße unter der Laterne war das Gedränge groß. Die Füße platschten durch die Pfützen. Es wurde geschrien; laute Pfiffe durchdrangen das revolutionäre Lied.

„Gott“, sagte die Mutter, „was wird noch passieren!“

Sie sah die rote Fahne.

„Seht ihr die Fahne? Schnell, schnell, sie geht bald vorbei.“

„Ich sehe sie!“

„Wo ist Vater?“

## Die Deutsche Volkspartei.

In der Deutschen Volkspartei beginnen sich die Geister zu scheiden zwischen denen, die etwa den Kurs STRESEMANNs vertreten, d. h. einen gemäßigt liberalen Kurs mit Anerkennung der politischen Realitäten, vor allem ein Zusammengehen mit der „marxistischen“ Sozialdemokratie, und denen, die eindeutig reaktionär sein wollen.

In diesen Tagen sind deshalb einige Austritte aus der Partei erfolgt, die eine ganze Bewegung in Gang gebracht haben. Einem Teil der Ausgeschiedenen ist die Partei zu rechts, dem anderen zu links. Die DVP in Baden hat sich hinter den aus der Fraktion ausgeschiedenen CURTIUS gestellt, weil sie die Oppositionspolitik der DVP-Fraktion im Reichstag nicht billigt. Aus dem gleichen Grund ist der Gauvorsitzende Bergassessor HUECK (des Gaus Gelsenkirchen-Buer-Horst) aus der Partei ausgeschieden. Zu den Deutschnationalen sind bereits gegangen: Der Vorsitzende des Wahlkreisverbandes Berlin: Dr. RICHARD FALTZ, der Generalsekretär des Wahlkreisverbandes Berlin, WERDELMANN, Mitglied des Reichsausschusses und des Zentralvorstandes der Partei; WERNER BERNDT, Mitglied des Zentralvorstandes der Wahlkreisleitung; Frau LOTTE GARNICH, Dr. FRIEDBERG, Mitglied des Zentralvorstandes und der Wahlkreisleitung; der Vorsitzende der Ortsgruppe Gesundbrunnen, Bezirksverordneter CORS, Mitglied der Wahlkreisleitung; der Vorsitzende der Ortsgruppe Wedding, Amtsrat MICHAELIS, stellvertretender Vorsitzender des Wahlkreises Berlin sowie der verantwortliche Schriftleiter der volksparteilichen Zeitschrift „Berliner Stimmen“; WERNER PREIFFER, Mitglied des Wahlkreisverbandes; der Vorsitzende des Mittelstandsausschusses des Wahlkreisverbandes, MARTIN RAFELD, Mitglied des Wahlkreisverbandes, ferner etwa zehn Vorstandsmitglieder im Wahlkreisverband.

Die Ortsgruppe Gesundbrunnen der DVP gibt bekannt, daß sie einmütig den geschlossenen Beitritt zur Deutschnationalen Volkspartei beschlossen hat.

Der frühere Reichstagsabgeordnete, Reichsminister a. D. VON RAUMER, hat sich bereits seit längerer Zeit von der Parteiarbeit zurückgezogen und nunmehr seine Streichung in den Mitgliederlisten der Partei veranlaßt, ohne sich zunächst einer anderen Partei anzuschließen.

Die beiden Vorsitzenden der Zentrale der Hausfrauenvereine Groß-Berlin, Frau CHARLOTTE MÜHSAM WERTHER und Frau HILDEGARD MARGIS, Bezirksverordnete in Charlottenburg, haben am Mittwoch ihren Austritt aus der DVP erklärt.

Der Wahlkreis Westfalen-Süd der DVP soll, wie sein Leiter mitteilte, aus der Partei ausgetreten sein. Doch hat die Partei wiederum erklärt, daß er sich die Vollmacht zu diesem Schritt nur anmaße, weil er vielleicht von der Deutschnationalen Volkspartei ermuntert worden sei, mit seiner Gruppe zu dieser Partei überzutreten.

Wie dem auch im einzelnen sei — feststeht, daß auch im Bürgertum die Fronten sich klären. Wann wird dem Bürgertum auf diesem Wege die Arbeiterschaft wenigstens folgen, wenn schon nicht vorangehen! W—er.

## Krisenkongreß am 23. März.

Der Krisenkongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes tritt am Mittwoch, dem 23. März, in Berlin, im Plenarsaal des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats zusammen. Die Tagesordnung des Kongresses, dessen Einberufung vor kurzem vom Bundesausschuß beschlossen worden ist, umfaßt nur einen einzigen Punkt: die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung.

Nach dem Beschluß des Bundesausschusses findet eine Neuwahl der Delegierten nicht statt. Die Regelung der Delegation im Rahmen der Bundessatzung ist den Verbandsvorständen überlassen.

## Die Lumpen, die Lumpen . . .

Von Louis Guillouso.

Seit ihrer Hochzeit ging meine Mutter nicht mehr oft in die Kirche; nur manchmal betete sie ein wenig. Es schmerzte sie, aber sie klagte nicht; sie hatte sich von sich selber losgesagt.

Als ich noch ein Kind war, lehrte sie mich beten. Ehe ich ins Bett ging, mußte ich das „Vaterunser“ und das „Ave Maria“ hersagen.

Ich war kaum drei Jahre alt zur Zeit des russisch-japanischen Krieges. Da sollte ich für „die armen Leute, die im Kriege sind“, beten. Jeden Abend, bevor ich einschlief, wiederholte ich mit meiner Mutter: „Lieber Gott, erbarme dich der Armen, die auf den Schlachtfeldern sind.“

Als die Bäcker streikten, geschah etwas Sonderbares. Meine Mutter wußte, daß die andern Gewerkschaften sich den Bäckern anschließen wollten, und sie hatte Angst, daß mein Vater zu viel Anteil daran nehmen würde. Am Abend der Demonstration sah sie ihn mit Unruhe fortgehen.

Der Vater ging schon um 7 Uhr; es war bereits dunkel. Sie fing an, einen Teppich zu flicken, und setzte sich dabei auf den Boden, um es bequemer zu haben. Wir waren alle in der Küche und sahen ihr zu. Der Teppich war rot und grün gewürfelt. Während sie arbeitete, erzählte sie uns, wie ihre Mutter zu Fuß nach Cherbourg gelaufen war.

„Ist Cherbourg weit?“ fragte Luise.

„Natürlich, Mädel. Eines Tages, denkt euch, war ein Brief da. Es stand darin, daß mein Bruder Heinrich krank war. Meine Mutter hatte kein Geld. So ging sie zu Fuß und hat auch gebettelt.“

„Um Groschen?“

„Vielleicht. Sie hat es nie erzählt. Aber den Heinrich hat sie doch gefunden und gut gepflegt. Dann kam sie zurück, wie sie gegangen war.“

„Und Heinrich?“

„Wer weiß, was aus ihm geworden ist. Er war ein armer Tropf; er ging auf die Walze. So ging es auch mit Onkel August, der in die Goldgruben wollte. Nach fünf Jahren

„Bei den andern, da.“

Die Masse verschwand so schnell, wie sie gekommen war. „Es ist vorbei“, sagte die Mutter. Sie schloß das Fenster; ihre Lippen bebten. Mit einer ungestümen Bewegung hob sie den Teppich auf, der noch auf dem Boden lag, und warf ihn auf den Tisch. Dann küßte sie mich.

„Mutter!“

Trotz des geschlossenen Fensters hörten wir noch ein letztes Gemurmel.

„Wacht auf, Verdammte dieser Erde!“

Und plötzlich fing meine Mutter, die mitten in der Küche stand, an zu trällern. Sie schien nachzudenken; sie stellte die Lampe vom Tisch auf den Kamin, schob den Tisch gegen die Wand und trällerte dabei immer weiter.

„Gib mir die Hand, Luise. Du auch.“

Luise gehorchte.

„Und du, kleine Anna, gib Luise die Hand.“

Wir hielten uns alle vier an den Händen. Wir drehten uns im Kreise. Die Mutter trällerte immer höher und höher, sie riß uns immer schneller herum.

„Kommt, ihr tanzt nicht schnell genug. Vorwärts! Tralala! Tanzt doch!“

Und sie sang und tanzte mit uns im Kreis.

„Wenn die armen Schlucker tanzen, Die Lumpen, die Lumpen, die Lumpen, Die tanzen.“

Wenn die armen Schlucker tanzen, Die Lumpen, die fliegen im Wind.“

Sie drückte meine Hand, es tat weh.

„Du gehst zu schnell, Mutter, zu schnell!“

„Tanzt doch!“

„Geht es den reichen Leuten besser Als mir, die nichts besitzt?“

Ich drehe mich, ich weude mich;

Etwas zu verlieren, fürchte ich nicht.“

Sie hielt inne, atemlos. Wir konnten nicht mehr. Sie schaute uns an; ihre Augen waren voller Tränen.

Uebersetzt aus: „La maison du Peuple“.

## Arbeitsamt Südost.

Wir berichteten bereits gestern über die Vorfälle beim Arbeitsamt Südost in Berlin, das offenbar für den dort zu bewältigenden Andrang der Erwerbslosen völlig ungenügend eingerichtet worden ist. Abgesehen davon, daß der Umzug in diese neue Haus schon viele Verzögerungen mit sich gebracht hat, hat man ausgerechnet in der Zeit des Umzuges auch noch eine innere Umstellung der ganzen Organisation vorgenommen, sodaß bei der Eröffnung des neuen Arbeitsamtes ein tolles Durcheinander herrschte, das die draußen auf der Straße wartenden Arbeitslosen auszukosten hatten. Als sie schließlich vor Ungeduld, Aerger und Erschöpfung — es kamen viele Ohnmachtsanfälle vor, — etwas unsanft an ihr Recht appellierten, trat der Gummiknüppel in Tätigkeit.

### Arbeitsamt Süd bleibt vorläufig.

Das Arbeitsamt Berlin-Süd gibt bekannt, daß die Verlegung seiner Versicherungsabteilung nebst Zahlstellen von der Gneisenau- bzw. Reichenberger Straße, seiner Vermittlungsstellen für männliche Arbeitssuchende von der Fontanepromenade und für weibliche Arbeitssuchende von der Lindenstraße, nicht, wie bekanntgegeben, in den Tagen vom 3. bis 7. März, sondern erst am 14. und 15. März in das neue Arbeitsamtsgebäude in der Sonnenallee 38—56 erfolgt. Der Betrieb der genannten Abteilungen wird daher in dem neuen Dienstgebäude erst am 16. März aufgenommen.

### Hilfskräfte eingestellt.

Veranlaßt durch die Skandale in der Abfertigung der Arbeitslosen im Arbeitsamt Südost haben die Gewerkschaften darauf bestanden, daß über die bereits gestern vorgenommenen Neueinstellungen von Helfern hinaus weitere Neueinstellungen vorgenommen werden.

Ferner sollen Hilfskräfte von den Berliner Arbeitsämtern und vom Landesarbeitsamt hinzugezogen werden.

## Der Rote Handel.

H. M. Berlin, 3. März.

R. H. KNICKERBOCKER, der bekannte amerikanische Journalist, sprach gestern im Saale der LESSING-Hochschule über den „Roten Handel“. Der Andrang aus dem Berliner Westen war so groß, daß eine Wiederholung des Vortrages für den nächsten Abend angesagt werden mußte.

Das hauptsächlichste Ziel KNICKERBOCKERS schien zu sein, Kleinbürger und Geschäftsleute zu beruhigen: Sowjet-Rußland wird seine Schulden bezahlen und seinen Handel nicht dazu benutzen, wenigstens augenblicklich nicht, kommunistische Propaganda zu machen, sondern lediglich dazu, Geschäfte zu machen. Ihre Politik sei keineswegs international kommunistisch, sondern vielmehr national.

KNICKERBOCKER schloß seinen Vortrag mit der Feststellung, daß nach der kommunistischen Theorie der Zusammenbruch des Kapitalismus in allen Ländern bevorstehe. Er könne nicht beurteilen, ob das richtig sei. Jedenfalls sei aber auch keine der Prophezeiungen, die von bürgerlicher Seite seit 14 Jahren über die Sowjet-Union gemacht worden sind, eingetroffen.

Das Publikum bedankte sich durch lautes Klatschen für die ihm verabreichte Beruhigungstablette.

## Arbeitslosigkeit in Dänemark.

Die Zahl der Arbeitslosen in Dänemark sank nach Mitteilung des Arbeitsamts erstmals seit Beginn des Winters. Sie beträgt jetzt 149 200 (Vorwoche: 147 700). Davon sind 34 400 nicht gegen Arbeitslosigkeit versichert.

## 10 Prozent Gehaltskürzung.

Kattowitz, 2. März.

Am Dienstag fanden vor dem Schlichtungsausschuß die Verhandlungen über die Gehaltsneuregelung für die Angestellten der ostoberschlesischen Schwerindustrie statt. Der Schlichtungsausschuß setzte eine Gehaltskürzung von 10 Proz. ab 1. März fest. Der Schiedsspruch gilt bis Ende September. Die Unternehmer hatten eine Kürzung von 21 Proz. gefordert.

## Devisenschlebung.

Berlin, 2. März.

Die Zollfahndungsstelle für Berlin und Brandenburg hat wieder eine große Devisenschlebung, in der das Reich um 800 000 M. geschädigt wurde, aufgedeckt. Der Berliner Kaufmann LUDWIG RINGWALD ist festgenommen worden. Es wurde Haftbefehl gegen ihn erlassen. Der holländische Bankier HAUSER gab RINGWALD den Auftrag, Wertpapiere in Deutschland zu verkaufen. RINGWALD führte diesen Auftrag auch aus, legte das Geld aber nicht auf Sperrkonto, sondern händigte es HAUSER in bar aus. Gegen HAUSER ist ein Steckbrief erlassen worden.

## Zur Wahlpropaganda.

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Anlässlich der bevorstehenden Wahlpropaganda wird darauf hingewiesen, daß alle Druckschriften und somit auch Plakate und Flugblätter politischen Inhalts Namen und Wohnort des Druckers, außerdem Namen und Wohnort des Verlegers oder — beim Selbstvertrieb der Druckschrift — des Verfassers oder Herausgebers enthalten müssen. An Stelle des Namens des Druckers oder Verlegers genügt die Angabe der in das Handelsregister eingetragenen Firma.

Der Reichsinnenminister hat die Länderregierungen gebeten, mit der Zensur der Wahlplakate für die Präsidentenwahl eine Zentralstelle zu beauftragen, deren Entscheidung für das ganze Land gelten soll. Nach den bisherigen Bestimmungen mußten derartige Plakate jeweils von den örtlichen Polizeibehörden zugelassen werden. Die Bitte des Reichsinnenministers hat für Preußen keine Bedeutung, da es eine Zentralstelle dieser Art für Preußen bereits gibt.

## Vorsicht!

Heizkissen als Brandursache.

Kürzlich stellte ein Landwirt nachts Brandgeruch in seinem Zimmer fest. Er machte Licht und sah Rauch aus dem Bett seiner Frau aufsteigen. Bei näherer Untersuchung fand man, daß ein Kopfkissen, auf dem ein Heizkissen lag, durchgebrannt war. Wahrscheinlich hatte die Frau vergessen, den Temperaturregler des Kissens zurück- oder auszuschalten, bevor sie einschlief.

Da derartige Unachtsamkeiten nicht immer so günstig ablaufen, sollte man elektrische Heizkissen und andere elektrische Apparate nur verwenden, solange man wach ist und die rechtzeitige Zurück- oder Ausschaltung vornehmen kann.

## Konferenz für nordeuropäische Nachtflugpost.

Auf Einladung der schwedischen Postverwaltung tagte in Stockholm eine Konferenz für nordeuropäischen Nachtflugpostverkehr. Den Gegenstand der Beratungen bildete der Ausbau des Nachtpostfluges während des ganzen Jahres. Bevollmächtigte von Schweden, Deutschland, Holland, Norwegen, Finnland und Dänemark nahmen teil. Das wichtigste Ergebnis der Konferenz ist die Einigung der nordischen Länder, Deutschlands und Hollands auf der bevorstehenden Konferenz in Brüssel auf ein gemeinsames Programm für den dreijährigen weiteren Ausbau des nordeuropäischen Nachtpostfluges.

## HAMBURG

Am Freitag, dem 4. März, spricht im Stadtbundklub, Jungfernstieg 30, in der Gruppe Revolutionärer Pazifisten Kurt Hiller

## Zur Reichspräsidentenwahl.

Am Sonntag, dem 6. März, um 11 Uhr, spricht Kurt Hiller an der gleichen Stelle:

## Über die Ursachen des nationalsozialistischen Erfolges.

## Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Freitag, den 4. März.

Breslau:

21.00 Ein Hörspiel nach GOETHE'S „GOETZ VON BERLICHINGEN“. (Auch Königswusterhausen.)

München:

20.35 Dr. PAUL ROHRBACH: Bericht von einer Weltreise.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Wie die UdSSR ihre politische und ökonomische Unabhängigkeit bewahrt.

Sonnabend, den 5. März.

Königsberg:

11.15 Landwirtschaftsfunk: Worauf muß bei der Umstellung eines Landwirtschaftsbetriebes Rücksicht genommen werden?

Langenberg:

16.20 GREIE STOFFEL: Die Frau in der Rechtsprechung der deutschen Gerichte.

Mühlacker:

18.40 Dr. STAHLCKER: Arbeitsvermittlung.

Moskau, Gewerkschaftssender:

20.00 Die Vorzüge der Planwirtschaft.

## BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name ..... Ort .....  
Straße und Hausnummer .....

Bitte angefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Deppe, Berlin. Verlag: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

## Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

# ISK

7. JAHRGANG 3. HEFT MÄRZ 1932

### INHALT:

ALEXIS BARANOFF:

## Wohin treibt China?

FRITZ GROB:

## Für die Einheitsfront!

Zum Nachdenken:

Selbsterkenntnis — oder Konkurrenzneid?  
Konfessions-Statistik.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf Bundes  
Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

## Sprechapparate

Koffer  Schatullen  Schränke

## Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

## Otto Pfothenhauer

Weimar, Röhrstraße 40  
Verlangen Sie Angebote!

## Arbeiterkinderheim

Müden a. d. Oertze, Kr. Celle, nimmt ab Ostern wieder Kinder auf. Tagessatz 1,20 M, Kinder unter 10 Jahren 1,— M.  
Etty Gräffe

## MAGDEBURG

Elegante und praktische  
Herren- und Damenkleidung  
nach Maß fertigt sauber und billig an  
RUDOLF SCHÜNHUT  
Otto von Guerickestr. 104 H. r. 1.  
\*stoffmuster in reicher Auswahl stets vorrätig

## Apfelsaft

naturrein und ungegoren,  
hervorragend zur Frühjahrskur,  
bestes Tafelgetränk

10 Flaschen RM 5,40  
Versand per Bahn

## Frischkost-Reformhaus

Magdeburg  
O. v. Guerickestraße 104.

## Anfertigung

eleganter Damen-  
garderobe und  
Reformkleidung

## in der Färberei

Göttinnen  
Nikolaus-Berger-Weg 67

## Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

## Oscar Wettig, Gelnhausen

## Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat  
für moderne Literatur

Kataloge und Auskunft gratis!

# DER AUSREISSER

ERZÄHLUNG VON LYDIA SEJFULLINA  
92 SEITEN • GANZLEINEN 1,40 RM

Aus den Presseurteilen:

„Der ‚Ausreißer‘ ist weit mehr als die Geschichte eines unbändigen Knaben, den die Gesellschaft in ihre Ordnung einfangen will. GRIGORI PESKOV, das ist die Verkörperung der Revolution, Geist vom Geiste LENINS, dem die Gefahr droht, von Bürokratie und Bonzertum unter die Füße getreten zu werden.“  
„ISK“, Nr. 12, 1926.

„Ein frisch geschriebenes Buch, voll guter Kritik am sowjetrussischen Bürokratismus und voll Wissen vom lebendigen Menschen, dem die Zukunft gehören wird. Zwölfmal kaufen, eines der Bücher selbst behalten, die anderen elf verschenken!“  
„Sonntagszeitung“ vom 28. Februar 1926.

Jetzt im  
VERLAG „ÖFFENTLICHES LEBEN“, BERLIN S 14

## Arbeitslosenelend in Ungarn

(IGB.) Als gegen Ende des letzten Jahres bekannt wurde, daß die ungarische Regierung den freien Gewerkschaften als erste Rate 150 000 Pengö zur Unterstützung der ausgesteuerten Arbeitslosen der gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen zur Verfügung gestellt habe, glaubte man, der Augenblick sei gekommen, wo sich selbst die Reaktion in Ungarn ihrer dringlichsten Pflichten bewußt werde. Die freien Gewerkschaften verteilten die genannte — an sich sehr bescheidene — Summe unter ihre arbeitslosen Mitglieder, wobei pro Woche nicht mehr als durchschnittlich 4 bis 5 Pengö (das sind etwa 3.— bis 3,70 Mark) ausgezahlt werden konnten. Die Gewerkschaften, in denen die Arbeitslosigkeit besonders groß war, mußten sich sogar darauf beschränken, diesen Betrag nur alle zwei Wochen zu verabfolgen.

Die von der Regierung auch für die Zukunft in Aussicht gestellten Summen blieben jedoch aus. Es kam im Parlament zu lebhaften Diskussionen, wobei die Regierung von klerikaler und großkapitalistischer Seite heftig angegriffen wurde. Ein früherer Offizier behauptete, die Gewerkschaften seien politische Organisationen der sozialdemokratischen Partei, und die Regierung habe mit der Auszahlung einen Verrat am Bürgertum begangen. Auch Mitglieder der Regierung selber, so besonders Kriegsminister Gömbös, wandte sich entschieden gegen die weitere Unterstützung der Arbeitslosen.

Nun geht die Unterstützung nicht mehr direkt an die Gewerkschaften, ja, es werden überhaupt kaum mehr Unterstützungen gezahlt, sondern die Hilfe für die Erwerbslosen erfolgt größtenteils in Naturalieferungen durch die Behörden. Die einzelnen Bezirksverwaltungen der Hauptstadt geben Karten aus, auf die in verschiedenen Speisräumen ein Mittagessen, bestehend aus Suppe, Gemüse und einem Stück Brot, verabreicht wird.

Daß damit den Arbeitslosen nicht geholfen ist, geht schon aus der Tatsache hervor, daß z. B. in Budapest täglich 50 000 Speisekarten abgegeben werden, während es 60 000 Arbeitslose und damit — wenn man ihre Familien in Betracht zieht — etwa 200 000 Bedürftige gibt. Der Gewerkschaftsbund erhielt in der ersten Zeit für seine Mitglieder direkt pro Woche 3000 Speisekarten ausgeliefert. Auf Vorstellungen der Klerikalen hin wurden jedoch diese Karten nicht weiter ausgegeben, so daß sich die Gewerkschaftsmitglieder zur Zeit ebenfalls bei den Bezirksämtern zu melden haben.

In der Provinz liegen die Verhältnisse viel schlimmer. Die Behörden sind reaktionärer und verfügen außerdem selbst wenn sie den guten Willen hätten, nicht über die nötigen finanziellen Mittel. Von der Regierung werden den einzelnen Bezirken bestimmte Mengen von Weizen angewiesen, und die Behörden verabreichen den Allerbedürftigsten täglich 6 kg Weizen. Die Empfänger müssen für diese Unterstützung unentgeltlich Straßenregulierungsarbeiten und anderes verrichten. Wie sehr gerade die Landarbeiterschaft unter der Wirtschaftskrise leidet, geht aus dem Umstand hervor, daß in Ungarn der Arbeitslohn noch oft in Form eines bestimmten Prozentsatzes (10 bis 11 Prozent) des geernteten Getreides ausgezahlt wird. Der Sturz der Weizenpreise (die vor vier Jahren pro 100 kg noch 30 bis 32 Pengö betrugen, heute jedoch kaum mehr 6 bis 8 Pengö erreichen), hat daher das Landproletariat in seiner Existenz bedroht.

Die Gewerkschaften sind bestrebt, dem Elend unter ihren Mitgliedern nach Möglichkeit zu steuern. Im vergangenen Jahre haben sie als Arbeitslosenunterstützung an ihre Mitglieder ungefähr 2,5 Millionen Pengö gezahlt. Einzelne Gewerkschaften setzten ihre ganzen Einnahmen für solche Zwecke ein. Um den Gewerkschaften zu ermöglichen, die Unterstützungen weiterzuzahlen, werden von den arbeitenden Mitgliedern spezielle Beiträge erhoben.

## Armut in Ungarn.

Von Pesti Naplo.

Es ist ein Dezembertag. Ich stehe am Fenster eines kleinen Hauses im Dörfchen Pusztaszer. Ich sehe das Feld, wo die Magyaren vor tausend Jahren ihre erste National-

versammlung veranstaltet haben. Unfruchtbar ist diese Erde.

Im kalten Morgen gehen Kinder mit hastigen Schritten vor dem Hause vorbei. Ich rufe sie an:

„Woher kommt ihr?“

„Von zu Hause, und zur Schule geht.“

„Steht ihr immer so früh auf? Kommt ihr von weit her?“

„Zwei Stunden haben wir bis zur Schule.“

Sie drücken Hefte und Bücher fest unter den Arm und gehen weiter. Ihre Kleider sind Lumpen, mehr Löcher als Stoff. Die Schuhe sind mit Draht zusammengeschnürt, damit sie halten. Einer der Jungen trägt hohe Stiefel, aber ich sehe, daß die Strümpfe fehlen.

Herr JARZ, der Schulrat der Volksschule, gab kürzlich einen öffentlichen Bericht über die große Not in seinem Bezirk, besonders in Pusztaszer. Die Kinder können nicht mehr in die Schule kommen, da sie weder Schuhe noch Kleider besitzen, und da die Wege so schlecht sind, daß es bei Regen oder Schnee unmöglich ist, durchzukommen. Die Eltern sind so arm, daß sie die Kinder nicht ernähren können. Oft muß der Lehrer den Kindern zu essen geben, damit sie den Unterricht mitmachen können. Es gibt Kinder, die auch im Dezember barfuß zur Schule gehen; es gibt Familien von fünf Personen, die nur ein Paar Stiefel besitzen. Wenn die Mutter oder der Vater etwas besorgt, so bekommen sie die Stiefel, und die Kinder bleiben zu Hause.

Das Dorf Pusztaszer ist ziemlich groß; es hat drei Schulen mit je hundert Schülern. In jeder Schule unterrichtet ein einziger Lehrer alle Klassen zusammen. Er erhält monatlich 144 Pengö. Wenn Steuer und Abgaben bezahlt worden sind, bleiben ihm 100 Pengö (64 Mark) zum Leben. Für diese 100 Pengö muß er alle groben Arbeiten in der Schule verrichten: er putzt und heizt, er fertigt die geographischen Karten an und bereitet alles, was nötig ist, für den Unterricht vor. Einen staatlichen Zuschuß erhält er dafür nicht.

Ich besuchte eine dieser Schulen. Als die Kinder mich sahen, begrüßten sie mich mit den Worten: „Guten Tag, wir wünschen Ihnen eine bessere Zukunft.“ Was für einen traurigen Anblick bietet eine Klasse in Pusztaszer! Kranke, müde Gesichter, traurige und hungernde Augen, schmutzige Lumpen. Schreiende Not! Die Kinder schrieben eben einen Aufsatz: „Die Not.“ Einer der Schüler schrieb nur in wenigen Worten hin, was zu Hause fehlte: „Geld, Mehl, Fleisch, Werkzeug, Kleider, Holz, Korn, Mais, Kartoffeln.“

Ich besuchte die Bauern von Pusztaszer, und sprach mit Pächtern, die 40 bis 50 Pfennige am Tag verdienen. Einem Tagelöhner wurde der erbetene Vorschuß von einem Pengö verweigert, und zu Hause hatte er drei Kinder, eine Frau und nichts zu essen. Er bewohnt eine Hütte ohne Möbel, ohne Feuer; ein Kind von vier Monaten schläft in einem Waschbecken, zwei Buben von acht und elf Jahren auf einem Strohsack. „Wir hatten zehn Kinder, aber die anderen sind gestorben.“

Ich sah einen Bauern, der Wald- und Hausbesitzer war. „Wie geht es Ihnen?“ fragte ich ihn. Er antwortete nicht, zeigte mir nur schweigend ein gedrucktes Blatt mit schwerem Siegel. In drei Tagen wird alles verkauft: Felder, Haus, Pferde; es ist nicht zu vermeiden.

## Aenderung der Geschäftsordnung des Preussischen Landtags.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Preussischen Landtages beschäftigte sich mit einem Antrag der Regierungspartei auf Aenderung der Geschäftsordnung des Landtages dahin, daß die Bestimmung, wonach namentliche Abstimmungen stattfinden müssen, wenn mindestens dreißig anwesende Abgeordnete es beantragen, in eine Kann-Vorschritt umgewandelt werden soll. Der Antrag der Regierungspartei, den der Abgeordnete LEINERT (Soz.) begründete, stieß bei der Opposition auf lebhaften Widerstand, da diese in der Bestimmung, die namentliche Abstimmungen künftig von dem Willen der Mehrheit abhängig machen solle, eine Vergewaltigung der Minderheit sieht. Ein Antrag der Oppositionspartei, die Angelegenheit zu vertagen, wurde von den Regierungspartei abgelehnt; der Antrag der Regierungspartei auf Abänderung der Geschäftsordnung fand mit dem gleichen Stimmenverhältnis Annahme.

Keuchend und stöhnend. Mit zusammengeblasenen Zähnen. Mit ausgetrockneten Augen. Mit triefenden Schläfen. Bei Anbruch des vierten Tages streckt man die Waffen. Man kann nicht anders.

Worauf sich dann die Ereignisse in chronologischer Ordnung folgendermaßen abspielen:

Am Morgen jenes vierten Tages verschwindet Pulkrábek noch vor Sonnenaufgang, ohne daß jemand weiß, wohin.

Im Laufe des Vormittags schicken die Kameraden, die im „Blauen Montag“ bei einer Beratung zusammensitzen und vergeblich auf ihn warten (was hat er nur heute? Sonst ist er immer der Pünktlichste von allen!), dreimal einen Jungen ins Oberdorf, um ihn zu holen: zweimal in seine Hütte und einmal sogar in die Ziegelei. (Man kann nicht wissen — vielleicht treibt er sich dort oben herum. Ist ja ein wenig wunderbar gewesen in den letzten Tagen!) Dreimal also. Jedesmal ohne Erfolg.

In vorgedrückter Vormittagsstunde — schon alle wissen, daß mit Vojta Pulkrábek etwas „los“ ist — kommt jemand mit der Nachricht, seiner Frau gehe es so schlecht, daß... Der Pulkrábek übrigens sei noch immer nicht zurück! (Halt, ja! Natürlich! Wird um einen Arzt gegangen sein!)

Knapp vor Mittag hört man dann, daß die Milada eben gestorben ist, und gleich darauf taucht Pulkrábek auf, sichtlich ermattet und verstört, — die Stiefel vom Staub der Landstraße weiß getüncht, das Gesicht von Schweiß und Schmutz geschockt. Da er vom Oberdorf herkommt und offensichtlich dem Gemeindehaus zustrebt, ist es klar, daß er auf's Amt geht, den Tod seiner Frau zu melden.

Er bewegt sich langsam vorwärts, mit Schritten, die seltsam unbelebt und schwer sind. Der Oberkörper ist vorgeneigt wie unter einer Last. Die paar Zurufe, die zu ihm hinüberflattern, beachtet er nicht.

Vor dem Gemeindehaus macht er halt. — aber nur, um sich durch einen Blick zu überzeugen, daß der bewußte Zettel noch da ist. Dann tritt er weiter, dem Sägewerk zu.

Aber unten am Fluß biegt er von der Straße ab und nimmt den Fußweg, der nahe dem Werk zu dem kleinen weißen Direktorhaus hinüberführt.

## Hochschul-Disziplinargesetz vor dem Landtag.

Hk. Berlin, 2. März.

Der Preussische Landtag beriet heute den Gesetzentwurf „betreffend die Rechtsverhältnisse der Studenten und die Disziplin auf den staatlichen wissenschaftlichen Hochschulen“. Dieser Gesetzentwurf ist von dem preussischen Staatsministerium eingebracht worden. Die wichtigste Aenderung, die er an dem zur Zeit für die Studenten geltenden Gesetz von 1879 anbringt, ist die Bestimmung, daß der Minister von sich aus die Einleitung eines Disziplinarverfahrens anordnen kann. Bisher steht ihm nur das Recht zu, eine verhängte Strafe zu mildern.

Minister GRIMME sprach zur Begründung des Gesetzentwurfs. Anlässlich der Studentenkrawalle der letzten Monate habe man nach dem Eingreifen des Ministers gerufen: „Wo bleibt denn der schlappe Kerl!“ Er habe aber bisher gar nicht die Befugnis, von sich aus Disziplinarverfahren einzuleiten. Das sei aber notwendig bei der Verantwortung, die auch der Minister für „die geistige Höhenlage“ an den Universitäten trage. Er müsse eingreifen können, „wenn die ganze Öffentlichkeit danach ruft“. (Wir meinen, daß er als Verantwortlicher die Möglichkeit des Eingreifens haben muß, auch wenn nicht die ganze Öffentlichkeit danach ruft.) Die Rektoren der Hochschulen hätten dem Entwurf zugestimmt.

In der Aussprache legte CHAJES (SP), selber Hochschullehrer, die Parteilichkeit der Rechtsprechung gegen Studenten, die krasse Bevorzugung der NS gegenüber kommunistischen Studenten, an Beispielen aus den neuesten Krawallen dar.

LAUSCHER (Zentrum) brach eine Lanze für das „moderne hochschulpädagogische Moment, das gegenüber dem rein rechtlichen den Vorzug verdient“, für den Schutz der Lehr- und Lernfreiheit. Deswegen schlug er vor, die Vorlage im Unterrichts-ausschuß zu beraten, wo man sie eingehender besprechen könne als im Plenum. Dort werde auch das Zentrum sagen, was es zu der Vorlage zu sagen habe.

Der Kommunist SCHULZ, Neukölln, sprach von der tieferen Ursache der Unruhe unter den Studenten: der Wirtschaftskrise, die auch vor den Studenten steht; sie wüßten, daß sie Wanderer ins Nichts seien. Dieser Unruhe-Ursache könne man nicht beikommen durch Verstärkung der Kompetenz des Ministers. Im zweiten Teil seiner Rede sprach SCHULZ wie in einem „marxistischen Propagandaklub für Anfänger“ (TROZKI); er warb um die Seele der Studenten, die zu HITLER laufen; er scheute sich nicht, die plattesten Dinge auszuführen: HITLER wolle doch das verrotete kapitalistische System nicht beseitigen, sondern die alte Herrschaft befestigen; das Dritte Reich sei kein Ausweg aus der Krise.

## Öffentliche Versammlungen des ISK:

**Berlin:** Bezirk Wedding: Dienstag, den 8. März, um 20 Uhr, im Gesellschaftshaus ISERT, Maxstraße 13. Thema: Wie überwinden wir die Gefahr des Faschismus?

**Burg b. Magdeburg:** Freitag, den 4. März, 20 Uhr, im Schützenhaus, großer Saal. Thema: Arbeiterschaft und Reichspräsidentenwahl. Redner: H. Rase (Essen). Eintritt 20 Pf., Ewerblasse 10 Pf.

**Hamburg:** Donnerstag, den 3. März, um 20.15 Uhr, Volkshaus Hammerbrook, Sachsenstr. 21. Thema: Soll der Faschismus wirklich siegen?

Sonnabend, den 5. März, um 20.15 Uhr, Volkshaus Rothenburgsort, Billhorner Mühlenweg 41. Thema: Die Lage in China und die Aufgabe des europäischen Proletariats. Redner: Genossin Chiyin Chen, Schanghai.

**München:** Dienstag, den 8. März, um 20 Uhr, Gasthof „Goldener Stiefel“, Sendlinger Str. 67. Thema: Arbeiterschaft und Reichspräsidentenwahl.

**Freie Aussprache. Eintritt frei.**

## Wer keine Wahl hat, hat die Qual.

Von F. C. Weiskopf.

(Copyright by Malik-Verlag A.-G., Berlin.)

(4. Fortsetzung.)

V.

Und dann kommt es doch anders.

Daran aber sind die Nächte schuld!

Die Nächte, — denn hätte es die nicht gegeben während der letzten dreimal vierundzwanzig Stunden... die Sache wäre nicht so ausgefallen. Ganz gewiß nicht!

Tagsüber nämlich — wenn man trotz allen tröstlichen Gedanken und guten Gründen nicht mehr weiß, wo ein und aus — hat man wenigstens all das, was einen bedrängt, leibhaftig und greifbar vor sich, den Zettel zum Beispiel oder die leere Medizinflasche. Da sieht man deutlich, daß es mit den zwanzig Kronen seine volle Richtigkeit hat (zwanzig Kronen sind keine Kleinigkeit); man erkennt aber auch, daß der Weg zur Betriebskanzlei (an allen Hüttenfenstern vorbei), viel zu lang, als daß man jemals bis an ihr Ende gelangen könnte. Da beobachtet man tatsächlich, daß das Gesicht der Frau in diesen Tagen schneller verfällt als bisher; aber da merkt man auch, wie die Kameraden bereits argwöhnisch zu werden beginnen, wenn man vor dem vergilbten Zettel haltmacht.

In der Nacht aber ist es anders.

Da gibt es diese greifbaren Dinge nicht, da sieht man den Feind nicht, mit dem man sich schlagen soll.

Da ist man allein, ganz allein mit dem leisen und doch so lauten Krankentatzen, der sich anhört wie das hoffnungslose Umhertappen eines müde gewordenen, verirrt Kindes oder wie das Ticken des Totenwurms in altem Holz. Mit diesem Atem, in dessen schneller und schneller werdendem Marschakt der unendlich lange Weg zur Betriebskanzlei zu einem einzigen winzigen Schritt wird und das Gesicht der Milada zu einem kleinen weißen Perlmutterknopf zusammenschumpft.

Drei Nächte wehrt man sich.

Kämpft

Die Streikposten, die — aus purer Gewohnheit, und weil oben nicht viel anderes zu tun ist — nicht weit vom Werkort herumlungern, starren ihm mit offenen Mäulern verdutzt nach.

„Hallo!“

Da ist er schon in dem weißen Haus verschwunden.

Eine halbe Stunde später — so lange dauert es, bevor der aus tiefstem Dösen jäh emporgescheuchte junge Volontär begriffen hat, was denn der Mensch da vor ihm eigentlich will — tritt Pulkrábek, eine knisternde Zwanzigkronennote in der zusammengekrampften Faust, aus dem Dämmer der Kanzlei wieder hinaus in den grellen Mittag.

Bei seinem Anblick nimmt ein halbes Dutzend halbwüchsiger Jungen, die offenbar auf sein Erscheinen gelauert haben, johlend Reißaus.

Er steht eine Weile auf der Schwelle, die Arme ganz schlaff niederhängend, das graue Gesicht schief nach aufwärts gewendet wie ein erblindeter Hund, der das Licht sucht. Dann setzt er sich mit plötzlichem Ruck in Bewegung und geht mit sein seltsam unbelebten, schweren Schritten auf das Dorf zu.

Stille.

Nur das Schlurren und Scharren der Nägel und Hufeisen an Pulkrábeks Stiefeln ist zu hören.

Und wie dieses Schlurren und Scharren als einziger Laut die Stille unterbricht, so lebt Pulkrábeks müder steinerner Gang als einzige Bewegung inmitten einer großen, drückenden Reglosigkeit.

Er erreicht die ersten Häuser. Die Straße ist wie ausgestorben.

Auf halbem Weg zu seiner Hütte, gerade gegenüber dem Gemeindehaus, hält ihn die alte Marjánka auf und fragt mit ihrer lauten, knarrenden Schwerhörigenstimme, ob die Milada selig einen leichten Tod gehabt habe:

„Bei Gott, sie hat einen leichten verdient, das arme Seelchen! Na gut, daß sie's überstanden hat...!“

„Wa...?!“

Verständnislos starrt er sie an, vor den Kopf geschlagen. Da wiederholt sie ihre Frage.

„Wa...?!“

(Schluß folgt.)

# Der künftige Reichsminister für Siedlung stellt sich vor?

Am 29. Februar sprach Reichsminister SCHLANGE-Schönungen mit so energischen Worten über Siedlung, daß man fast meinen könnte, die Reichsregierung wolle nun wirklich eine Siedlungsaktion in Gang bringen und SCHLANGE-Schönungen — der betonte, Siedlung gehöre noch nicht unmittelbar zu seinem Ressort, der Osthilfe — werde diese Aktion leiten. Das Wichtigste aus der Rede:

„Die Aufgabe, die mir gestellt ist, sehe ich nicht damit als gelöst an, daß ich eine mehr oder weniger umfassende Umsiedlung oder Entschuldung von Groß- und Kleinbesitz im Osten betreibe. Das ist nichts weiter als eine Aufräumungsarbeit. Aber dieser Aufräumungsarbeit fehlt noch das, was notwendig ist, um der Nation das Vertrauen wieder zurückzugeben, nämlich die unbedingte Zuversicht, daß die Regierung mehr will und mehr kann als nur einige Fehler ausmerzen. Wir brauchen in allem den großen Zug des Willens, der auf allen Gebieten in schöpferischen Gedanken der Nation den Glauben an ihre Lebenskraft wiedergibt. So werde ich an meinem Teil dafür sorgen, daß dieser schöpferische Gedanke weit hinausweist — aus überlebten Maßstäben und daß er gerichtet wird auf jene große grundsätzliche Agrarreform, die das östliche Land auf eine neue Lebensgrundlage stellt: in ihren wirtschaftlichen Formen, in der Struktur ihrer Bevölkerung und damit auch nationalpolitisch-kulturell. Wenn wir nicht den Rückzug des Deutschtums erleben wollen von den östlichen Grenzen her auf die jetzt schon überfüllten Industriezentren, dann dürfen wir uns nicht mit halben Maßnahmen begnügen, dann müssen wir den Mut haben, alle bisherigen Maßstäbe hinter uns zu lassen. Dann müssen wir wollen, daß der systematische Vormarsch des Deutschtums in die leerer gewordenen Ostgebiete wieder einsetzt wie einst um 1300. Eine Kolonisationspolitik ganz großen Stils, welche zur Verteidigung des deutschen Landes die Massen der deutschen Bauern im Osten fest verwurzelt und starke neue Reserven an die Grenzen des Deutschtums führt. Und man wird dabei gewissenhaft zu prüfen haben, wie weit die Gedanken und Methoden jener gewaltigen und einzigartigen erfolgreichen mittelalterlichen Siedlung wieder aufleben können und müssen. Land wird bald reichlich zur Verfügung stehen. Wir müssen nur den Mut haben, es richtig zu verwenden. Was an mir liegt: ich bin entschlossen dazu.

Dafür stelle ich fünf Grundsätze auf:

1. Das Haßmotiv muß ausgeschaltet werden. Gegensätze zwischen groß und klein dürfen diese Arbeit nicht stören. Was brauchbar und lebensfähig ist, — in allen Besitzgrößen — muß bleiben.
2. Der Arbeiter soll bei Aufteilungen großer Güter nicht verdrängt, sondern selbsthaft im Osten festgehalten werden.
3. Die nachgeborenen Bauernsöhne des Ostens gehören zum besten Siedlermaterial, weil sie Boden und Klima kennen.
4. Dazu sollen treten ein neuer Zug vom Westen nach Osten; dabei muß das Prinzip der landsmannschaftlichen Siedlungen eine entscheidende Rolle spielen.
5. Wir haben Land, wir haben Menschen, aber wir sind arm. Was uns an Geld fehlt, muß durch sinnvolle Zweckmäßigkeit ersetzt werden. Darum weg mit aller Ueberbürokratie, weg mit allen Hemmungen baupolizeilicher Art, weg mit allem Schematismus! An Stelle der toten Paragraphen soll der lebendige Wille schaffender Menschen treten.

Diese außergewöhnliche Zeit läßt sich ja nur durch außergewöhnliche Maßnahmen lösen, indem man sich mit freiem Blick nach vorwärts entschließt, die Schlußfolgerungen zu ziehen aus den Erfahrungen der Vergangenheit und den unausweichlich vor uns stehenden Notwendigkeiten der Zukunft.

Ich sehe in einer großzügigen Kolonisations- und Siedlungspolitik im Osten geradezu eine psychologische Erlösung aus Dumpfheit und Enge, kein Problem mehr, über das man

streiten kann, sondern eine historische Notwendigkeit, mit der die Zukunft der Nation aufs engste verbunden ist.“

Der künftige Reichsminister für Siedlung stellt sich hier vor als Nationalist vom reinsten Wasser. Er spricht von „Siedlermaterial“ wie die Generale und Leutnants vom „Menschenmaterial“, das sie zur Kriegführung brauchen.

SCHLANGE-Schönungen will prüfen, was vom Großgrundbesitz „brauchbar und lebensfähig“ ist. Gut! Wir bemerken jedoch im voraus, daß es für eine sachliche Prüfung völlig uninteressant ist, was sich in der Treibhausluft der Zölle und Subventionen aller Art am Leben erhalten hat!

Vieles, was SCHLANGE-Schönungen sagte, können wir unterschreiben. Wir verlangen zwar Siedlung aus ganz anderen Gründen als er. Er ist ein Großgrundbesitzer, der in vielem aus der Reihe seiner Berufskollegen herausfällt, zum Beispiel, wie wir hören, dadurch, daß er für sein Gut besondere Subventionen nicht in Anspruch nahm. Wenn dieser Mann eine Siedlungsaktion in Gang bringt, wird sie in vielem anders aussehen als eine sozialistische Siedlungsaktion. Aber auch sie kann die Wirkung haben, den Arbeitsmarkt zu entlasten. — Doch vorerst wollen wir abwarten, ob auf die Worte dieses Mal Taten folgen.

H. H.

## Preußen verkauft seine Mitwirkung bei der Siedlung.

Die Verhandlungen zwischen Preußen und Reich über die Deckung des preußischen Haushaltsfehlers von 100 Millionen Mark sind am 1. März zum Abschluß gekommen. Preußen erhält die fehlenden 100 Millionen Mark vom Reich gegen Abtretung seiner Anteile an der Siedlungsbank, der Rentebank und den gemeinnützigen Siedlungs-Gesellschaften, kurz gegen seine *Selbstausschaltung aus der Siedlungsarbeit.*

Nun sind Großagrarien und Nationalisten bald völlig unter sich bei Bearbeitung von Siedlungsfragen.

Wann wird es ihnen gelingen, auch die Preußenkasse restlos in ihre Hand zu bekommen und den verhassten Professor BRANDT vom Institut für landwirtschaftliche Marktforschung zu beseitigen, dem die Rechtsprelle erst kürzlich wieder bescheinigt, sein Institut zur Bekämpfung (!) der Landwirtschaft werde in der Hauptsache von der Preußenkasse bezahlt?

## Verband deutscher Siedler und Kleinbauern.

Diese am 1. März neugegründete Organisation sieht ihre besondere Aufgabe in der *Ansiedlung von Landarbeitern.* Der Verband steht auf republikanischem Boden. Anschrift: Berlin W 48, Enckestraße 6. Dem Hauptvorstand gehören an GEORG SCHMIDT (Vorsitzender des Landarbeiter-Verbandes) und FRANZ SPLITZ (Sekretär des ADGB).

Bisher standen viele Vertreter des Landarbeiter-Verbandes der Siedlung unfreundlich gegenüber, weil die angesiedelten Landarbeiter die Gewerkschaft zu verlassen pflegen, da sie ja nach der Ansiedlung keine Lohnarbeiter mehr sind. Es wäre sehr erfreulich, wenn dieser enge Standpunkt von den Gewerkschaften allgemein aufgegeben wird.

## Reichsbank.

### Abermals ausgeglichene Gold- und Devisenbilanz. — Diskontsenkung bevorstehend.

(Angaben in Millionen Mark.)

	Gold	Devisen	Reichsschatzwechsel	Lombardford.	Verkauf	Noten	Giro	Gesamt
23. 2. 1931	2266	175	—	85	1526	3704	401	5203
28. 2. 1931	2285	166	76	301	1979	4428	325	6033
23. 1. 1932	956	151	7	103	1407	4198	371	5973
31. 1. 1932	948	145	33	158	1632	4407	394	6320
23. 2. 1932	930	146	11	159	3144	4008	332	5834
29. 2. 1932	928	149	44	303	3324	4268	423	6253

Schon die dritte Woche ist die *Gold- und Devisenbilanz* ungefähr ausgeglichen. In der Berichtwoche ist von der Reichsbank für 1,1 Millionen Mark Gold abgegeben worden; der Devisenbestand hat sich um 2,9 Millionen Mark vermehrt. Insgesamt beträgt die Zunahme also 1,8 Millionen Mark.

Die Ausfuhrüberschüsse der letztvergangenen vier Monate (rund 1 Milliarde Mark) sind — infolge des Stillhalteabkommens — keineswegs voll zur Abdeckung von Auslandsverpflichtungen benötigt worden. Es scheint, daß zur Zeit nachträglich Ausfuhrerlöse aus den Monaten mit starken Ausfuhrüberschüssen herkommen, obgleich die Devisengesetzgebung mancher Staaten dafür ein Hindernis darstellt.

Zur Überwindung des Monatsendes, an dem bekanntlich besonders viele Zahlungen fällig sind, haben sich die *Ausleihungen* der Reichsbank — durch Ankauf von Wechseln, Reichsschatzwechseln, sowie durch Lombardierung (Beliehung) — um 357 Millionen Mark gegenüber der Vorwoche vermehrt. Wenn wir diese Erhöhung und ihre Verteilung auf die genannten Posten mit der Erhöhung von Ende Februar 1931 vergleichen, so ergibt sich: Die Erhöhung war damals wesentlich stärker, sie betrug 745 Millionen Mark. Dieses Mal machten die Lombardforderungen einen größeren Teil der Erhöhung aus als vor einem Jahr, offenbar, weil die Banken mit der Einreichung von Wechseln zurückhalten bis zur erwarteten Diskontsenkung.

Die *Giroguthaben* sind im Vorjahr Ende Februar um 76 Millionen Mark niedriger gewesen als in der Vorwoche. In diesem Jahr sind sie um 91 Millionen Mark höher als in der Vorwoche. Die Banken haben offenbar Wert darauf gelegt, in ihren Ende Februar abschließenden Zweimonatsbilanzen möglichst flüssig zu erscheinen, und haben sich das etwas kosten lassen durch Anlage eines Teils ihrer Mittel in (unverzinslichen) Giroguthaben bei der Reichsbank.

Angeblich wartet die Reichsbank mit der *Diskontherabsetzung* nur auf die endgültige Einigung über die Verlängerung des französischen Anteils am 100-Millionen-Dollar-Kredit, den die Reichsbank im Sommer in Anspruch genommen hat. Am letztvergangenen Fälligkeitstermin haben die übrigen Gläubiger: die Notenbanken von England und New York und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel, den Kredit um drei Monate verlängert; die Bank von Frankreich hat ihren Kreditanteil jedoch nur um einen Monat, bis zum 4. März, verlängert. Die weitere Verlängerung wird wohl nicht unter der Bedingung erfolgen, daß bis zum 1. Juni 1932 der Kredit ausbezahlt werden. Diese Bedingung scheint von der Reichsbank nicht verlangt zu sein; sie stößt jedoch auf Schwierigkeiten der Gläubiger des Stillhalteabkommens.

Wenn dieses äußere Hemmnis, das nicht den *eigenen*, sondern einen Teil des *geliehenen* Devisenbestandes der Reichsbank betrifft, weggefallen ist, wird die Reichsbank wohl dem Druck der Interessenten nachgeben und den Diskontsatz von 7 auf 6 Prozent herabsetzen. Gefordert worden ist sogar eine Herabsetzung auf 5 Prozent!

Unsere Ansicht zur Frage der Diskontherabsetzung haben wir in Nr. 43 ausführlich auseinandergesetzt unter der Überschrift: *„Wir fordern von der Reichsbank: Keine Diskontsenkung.“* Wir stellen bei dieser Gelegenheit fest, daß wir, soweit uns bekannt ist, mit dieser Forderung in der deutschen Presse in „glänzender Isolierung“ dastehen. Das soll uns aber nicht davon abhalten, nach wie vor die Ansicht zu vertreten, daß eine Verbilligung des Notenbankkredits erst dann von Sozialisten gefordert werden darf, „wenn jene Unternehmungen, die heute nur noch künstlich am Leben erhalten werden, bereits von der Bildfläche verschwunden sind und also als Nehmer jenes verbilligten Kredits ausgeschieden sind.“

Rpt.

## Verkürzte Devisenzuteilung im März.

Der Reichswirtschaftsminister hat am 2. März angeordnet, daß die einführenden Firmen im März den festgelegten Höchstbetrag ihrer allgemeinen Devisengenehmigungen nur bis zu 65 Prozent in Anspruch nehmen dürfen. Im vorigen Monat durften sie 75 Prozent in Anspruch nehmen. Für Zahlungsverbindlichkeiten, die diesen Betrag übersteigen, sollen sie Lieferantenkredite und die im Stillhalteabkommen vereinbarten Warenkredite — die nur zu 75 Prozent ausgenutzt sind — in Anspruch nehmen.

Anleihe zu kaufen, um so mehr Forderungen an ihre Stadtgemeinde können sie eintreiben. Eine traurige Solidarität der Interessen zwischen Sparkassen und Gemeinden!

## DEUTSCHLAND

Konkurse im Februar: 1091 (im Januar 1128). Vergleichsverfahren im Februar: 789 (im Januar: 751). — Insgesamt eine Verschlechterung, wenn man bedenkt, daß der Februar zwei Tage weniger hatte als der Januar.

Der *Kaliabsatz* war im Februar 1932 größer als im Vorjahr. Die Landwirte kaufen also.

*Edeka-Zentrale e. G. m. b. H.* (Zentraleinkaufsgenossenschaft für 430 Edekgenossenschaften, deren Mitgliedschaft aus Ladenkaufleuten besteht): Der Umsatz war 1931 höher als im Vorjahr: 145 Millionen Mark, gegen 143 Millionen Mark 1930. In Anbetracht des mindestens 30prozentigen Preisrückgangs im Großhandel war die mengenmäßige Steigerung also sehr stark. Die Krise ersetzt anscheinend den vielgerufenen genossenschaftlichen „Geist“!

*Markenwaren:* Zum 1. April verlangt der Preiskommissar für alle Markenwaren, deren Verkaufspreise im Kleinhandel gebunden sind, Angaben über Verkaufspreis, Nettogewicht oder -menge, Rabattsätze. Künftige Änderungen sind anmeldspflichtig. Auf den Packungen soll künftig der Inhalt nach Maß oder Gewicht leicht erkennbar angegeben werden.

## Die letzte Krise?

Von Kommunisten wird auch heute noch vielfach die Ansicht vertreten: Die heutige Wirtschaftskrise ist die letzte, die Endkrise des Kapitalismus. — Der kommunistische Theoretiker VARGA nimmt zu solchen Behauptungen in seinem neuesten wirtschaftlichen Vierteljahresbericht scharf Stellung. („Internationale Presse-Korrespondenz“, Nr. 13, vom 15. Februar 1932.)

Uns wird von Kommunisten, die sich an das halten, was noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit in ihrer Presse stand und die neueste theoretische „Linie“ noch nicht kennen, häufig vorgeworfen: „Ihr seid kleinbürgerlich; denn Ihr seht nicht, daß der Kapitalismus keinen Ausweg mehr hat.“ Zu diesem Vorwurf geben wir hier VARGA ausführlich das Wort:

„... so wollen wir uns ... aufs entschiedenste von der Behauptung abgrenzen, daß ein kapitalistischer Ausweg (aus der Krise) unmöglich sei!

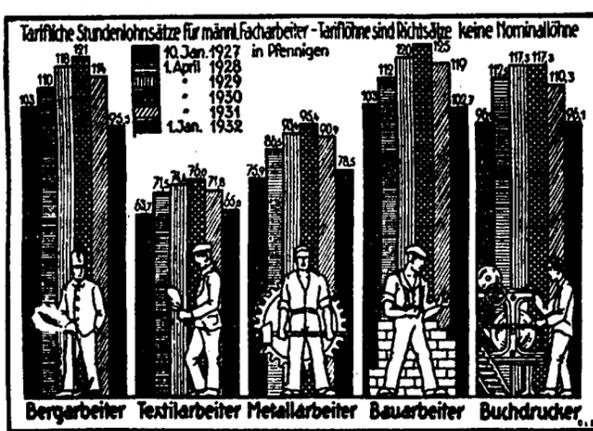
Die Lehre, die von „linken“ Sozialdemokraten, von OTTO BAUER, in unseren Reihen von PREOBRASENSKI, von einigen deutschen Genossen (LENZ, ECK) verkündet wird, daß die Krise im Rahmen des Kapitalismus nicht zu überwinden sei, steht im Widerspruch zu den Ansichten von MARX und LENIN, ist theoretisch unrichtig und politisch im höchsten Maße schädlich!

Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise hingegen ist eine bestimmte vorübergehende Phase des industriellen Zyklus, besonders scharf, tief und langdauernd unter dem Einfluß der allgemeinen Krise des Kapitalismus, besonders gefährlich für die Herrschaft der Bourgeoisie in manchen Ländern, aber doch nur eine Phase des Zyklus, die — falls die Herrschaft der Bourgeoisie nicht im revolutionären Kampf in weiteren Ländern gestürzt wird — ihre Lösung im Rahmen des Kapitalismus finden wird, und zwar in erster Linie auf Kosten des Proletariats und der Arbeitenden überhaupt. Die Worte MARX: „Permanente Krisen gibt es nicht“ und die Worte LENINS: „Es gibt keine absolut ausweglose Situation für die Bourgeoisie“ gelten auch für die gegenwärtige Krisenphase.“

## Borsig.

Den Gläubigern wird folgender Vergleichsvorschlag gemacht: Die Warenlieferanten erhalten 30 Prozent ihrer Forderungen. Die Sparer werden voll befriedigt; außer dem Anteil aus der Vergleichsmasse stehen für die Sparer von noch nicht genannter Seite Mittel zur Verfügung, die eine volle Befriedigung ermöglichen. Alle übrigen Gläubiger teilen sich in den Rest. Wie groß der sein wird, ist noch nicht bekannt. — Zur Abwicklung der vorliegenden Aufträge ist eine Borsig-Betriebsgesellschaft m. b. H. mit einem Gesellschaftskapital von 300 000 Mark gegründet worden, unter Hilfe der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft und der Dresdner Bank.

## Abbau der Tariflöhne.



Das vorstehende Schaubild zeigt lediglich den Abbau der tariflichen Stundenlöhne in Deutschland. Der Abbau der Einkommen der beschäftigten Arbeiter war viel stärker, als das Schaubild erkennen läßt, infolge von Kurzarbeit und Abbau der über tariflichen Zulagen.

Der Lebenshaltungsindex betrug:

im April 1930 . . . . . 147,4  
im Januar 1932 . . . . . 124,5

Die Senkung beträgt also nur 15,5 Prozent, während die Tariflöhne der Bergarbeiter um 21,1 Prozent gesenkt worden sind.

H. H.

## Eine Lotterie zur Kommunalentschuldung.

Die Umschuldung der Länder und Gemeinden, das heißt: die Umwandlung ihrer kurzfristigen in langfristige Schulden, ist immer wieder verschoben worden. Der zur Zeit im Vordergrund stehende Plan ist der folgende: Die Deutsche Girozentrale (die Zentralstelle der deutschen Sparkassen) soll Umschuldungs-Schuldverschreibungen in Höhe von 600 Millionen Mark ausgeben. Der Anreiz zur Zeichnung soll durch Prämien-Auslosung gegeben werden. Die Verzinsung soll nur 5 Prozent betragen. Für die Prämienauslosung soll jährlich etwa 1 Prozent aufgewandt werden. Die Gesamtverzinsung beträgt also 6 Prozent.

Zu diesem Zinsfuß würde die Anleihe kaum gezeichnet werden. Die Ankündigung von 5 Prozent Zinsen und Prämienauslosung ist also offenbar auf Täuschung berechnet. Bei dieser Täuschung werden sicherlich die Sparkassen mitwirken; denn je mehr sie ihre Kunden veranlassen, von der neuen